

Wolfgang Gatzke  
Direktor des Landeskriminalamtes  
Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf, 30. September 2013



**Schriftliche Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Innenausschusses  
am 10. Oktober 2013 zum Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/2621**

"NRW braucht endlich ein wirksames Gesamtkonzept zur Bekämpfung massiv steigender Einbruchszahlen – Sofortprogramm "Beute zurück" starten"

## **1 Allgemeines**

Der Antrag fordert im Kern, die Bekämpfung der Eigentumskriminalität "zu einem Schwerpunkt der Kriminalstrategie des Landes Nordrhein-Westfalen zu machen" und "ein wirksames Gesamtkonzept zur Bekämpfung der massiv steigenden Wohnungseinbruchszahlen vorzulegen und konsequent umzusetzen".

Der Antrag selbst setzt vorrangig auf einen einzelnen Aspekt der Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls, die Wiederbeschaffung des Diebesgutes, und schlägt dazu Maßnahmen vor. Dabei fehlt es zunächst an einer sachgerechten Einordnung der nordrhein-westfälischen Entwicklung des Wohnungseinbruchdiebstahls in den bundesdeutschen und internationalen Kontext. Bewertende Ausführungen zur polizeilichen Arbeit sind unzutreffend und bedürfen der Korrektur. Wesentliche im Antrag geforderte Maßnahmen sind realisiert, andere fachlich abzulehnen.

## **2 Kriminalitätslage und –entwicklung**

Daten zur Kriminalitätslage und –entwicklung des Wohnungseinbruchdiebstahls sind mit der Polizeilichen Kriminalstatistik NRW 2012 (PKS) veröffentlicht<sup>1</sup>. Weitergehende Angaben zu den Zahlen des Wohnungseinbruchdiebstahls, den Steigerungsraten,

---

<sup>1</sup> [www.polizei.nrw.de](http://www.polizei.nrw.de)

der Entwicklung der Aufklärungsquote sowie der Deliktsbelastung nach Häufigkeitszahlen auf Landesebene sowie auf Ebene der einzelnen Polizeibezirke des Landes seit 2000 sowie Vergleichsdaten aus den Bundesländern und auf Bundesebene für die Jahre 2011 und 2012 liegen dem Landtag mit den Antworten der Landesregierung auf die Kleinen Anfragen 382, 851 und 1421 des Abgeordneten Gregor Golland mit den Landtagsdrucksachen 16/1014, 16/2521 und 16/3784 ebenfalls vor.

Um eine sachgerechte Bewertung der Gesamtentwicklung des Wohnungseinbruchdiebstahls in Nordrhein-Westfalen sowie eine Einordnung auf Bundesebene und im internationalen Raum zu erleichtern, werden wesentliche Entwicklungen und Sachstände nachfolgend zusammenfassend dargestellt. Vertiefende Ausführungen und detaillierte Daten über die Entwicklung der letzten Jahre in NRW sind in der **Anlage** ausgeführt. Alle übrigen nachfolgenden statistischen Angaben sind –soweit nicht anders angegeben– den Polizeilichen Kriminalstatistiken des Bundes und der Länder entnommen<sup>2</sup>.

- Der deutliche Anstieg der Fallzahlen des Wohnungseinbruchdiebstahls seit 2008 ist ein europäisches Phänomen mit Schwerpunkt in den wohlhabenderen Staaten der EU einschließlich Deutschlands, das von Süd-Ost-Europa ausging und sich in Deutschland von Süd-West nach Nord-Ost entwickelte<sup>3</sup>. Das Phänomen wurde von der Polizei NRW frühzeitig erkannt und aufgegriffen<sup>4</sup>.
- Bundesweit stieg die Anzahl registrierter Wohnungseinbruchdiebstähle von 113 800 Delikten im Jahre 2009 um insgesamt 26,6 % auf 144 117 Delikte im Jahre 2012. In NRW lag die Steigerungsrate bei einem Zuwachs der Fallzahlen von 41 115 auf 54 167 im gleichen Zeitraum bei 31,7 %, in den Ländern Berlin (36,1 %), Brandenburg (52,8 %), Sachsen (44,6 %) und Thüringen (46,4 %) noch höher. Etwa im Bundesdurchschnitt lagen die Steigerungsraten in den Ländern Bayern (26,2 %), Hessen und Schleswig-Holstein (23,3 %), Niedersachsen (29,4 %) sowie Rheinland-Pfalz (24,9 %).

---

<sup>2</sup> www.BKA.de

<sup>3</sup> LKA NRW, Polizeiliche Kriminalstatistik NRW 2012 sowie Anlage 1

<sup>4</sup> Fachtagung Kriminalität des LKA NRW mit den KP, dem LAFF, dem LZPD und der FHöV NRW am 14./15.09.2010 in Selm, TOP 1 „Kriminalitätsentwicklung im 1. Halbjahr 2010“

- Zwei Drittel der in Deutschland verübten Wohnungseinbruchdiebstähle wurden 2012 in den vier am stärksten betroffenen Ländern Berlin, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen verübt. Überdurchschnittlich hohe Belastungszahlen wiesen darüber hinaus die Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie das Flächenland Schleswig-Holstein auf.
- Das BKA nennt als Schwerpunkte der Belastung durch Wohnungseinbruchdiebstahl bundesweit ebenfalls urbane Ballungsräume und deren Umland, Regionen entlang von Fernstraßen sowie in Nordrhein-Westfalen den Grenzbereich zu den Niederlanden und Belgien. In Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern ist die Belastung durch Wohnungseinbruchdiebstahl bundesweit mehr als dreimal so hoch wie in ländlichen Regionen.
- Bundesweit ist die Aufklärungsquote beim Wohnungseinbruchdiebstahl – auch in Folge der stark gestiegenen Fallzahlen – seit 2008 rückläufig. 2012 lag sie auf Bundesebene bei 15,7 %, in NRW bei 13,8 %. Die etwas geringere Aufklärungsquote auf Landesebene NRW überrascht nicht, da bundesweit die Aufklärungsquoten in den besonders belasteten Großstädten und urbanen Ballungsräumen, von denen NRW geprägt ist, deutlich niedriger liegen als im Durchschnitt.<sup>5</sup>
- Ermittelte Tatverdächtige beim Wohnungseinbruchdiebstahl sind bundesweit noch überwiegend örtliche oder regionale Tatverdächtige (2012: 64,4 %); deren Anteil verringert sich stetig. Etwa jeder Vierte im Jahr 2012 ermittelte Tatverdächtige in NRW hatte seinen Wohnsitz in einem anderen Bundesland, dem Ausland oder war unbekanntes Wohnsitzes.
- Der Wohnungseinbruchdiebstahl ist ganz überwiegend ein Serielikt. Neun von zehn Tatverdächtigen in Nordrhein-Westfalen sind kriminalpolizeilich bereits in Erscheinung getreten. Bei etwa jedem fünften Tatverdächtigen in NRW (21,7 %) handelte es sich 2012 wie in den Vorjahren um einen Konsumenten harter Drogen.

---

<sup>5</sup> In Berlin und Hamburg liegen sie 2012 z. B. deutlich unter 10 % (6,5 % in Berlin und 7,9 % in Hamburg)

- Die eigentlichen Treiber für die Zahl von Wohnungseinbruchdiebstählen in Deutschland sind die wachsende Zahl und der wachsende Anteil überörtlich tätiger nichtdeutscher Tatverdächtiger. Lag der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger bundesweit im Jahre 2009 noch bei 23 %, stieg er bis 2012 auf 28,8 % an. Mehr als jeder fünfte nichtdeutsche Tatverdächtige (22,6 %) war ohne festen Wohnsitz in Deutschland. Demgegenüber stieg der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen in Nordrhein-Westfalen von 25 % im Jahre 2008 auf 35,4 % im Jahr 2012. Er liegt damit deutlich höher als im Bundesdurchschnitt. In den besonders belasteten Großstädten Berlin und Hamburg war nahezu jeder zweite bzw. mehr als jeder zweite ermittelte Tatverdächtige Nichtdeutscher.<sup>6</sup>
- Nichtdeutsche Tatverdächtige handeln überwiegend zu mehreren, agieren überörtlich in Gruppenstrukturen und sind in Tatvorbereitung und –ausführung professioneller. Sie machen höhere Beute und sind insbesondere für Tatserien verantwortlich. Die PKS NRW weist einen auffallend über ihrem Anteil an der Wohnbevölkerung liegenden Anteil süd-ost-europäischer Nationalitäten bei diesen Tatverdächtigen, insbesondere mit Wohnsitz außerhalb von NRW, aus.
- Die Schadenssumme des beim Wohnungseinbruchdiebstahl entwendeten Diebesgutes ist bundesweit im Jahr 2012 auf ca. 405 Mio. € angestiegen, in Nordrhein-Westfalen auf ca. 160 Mio. €.<sup>7</sup>
- Bevorzugtes Diebesgut waren auf Bundesebene wie in NRW Bargeld und Schmuck, kleine Elektronikartikel wie Mobiltelefone, Fotoapparate, Tablet-PC und Notebooks. In NRW wurden neben ca. 20,4 Mio. € Bargeld auch in großem Stil Uhren und Schmuck entwendet. Der Absatz des Diebesgutes erfolgt, soweit dies bekannt ist, einerseits über örtliche oder regionale Hehlerstrukturen, Pfand- und Leihhäuser sowie das Internet, andererseits auf unterschiedliche Weise über Fernverkehrsverbindungen und internationale Verkehrswege ins Ausland.

---

<sup>6</sup> Dem gegenüber liegt der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen in Sachsen-Anhalt bei 5 % und in Thüringen, dessen Aufklärungsquote im Antrag in besonderer Weise hervorgehoben wird, bei 5,2 %

<sup>7</sup> Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) geht nach einer vorläufigen Auswertung für 2012 von einer Summe von ca. 470 Mio. € aus, der für versicherte Wohnungseinbruchdiebstähle ausgegeben wurde.

- Zwei von fünf Wohnungseinbruchdiebstählen in NRW (40,1 %) scheiterten 2012 im Versuchsstadium. Dies ist geringfügig besser als der Bundesdurchschnitt. Dieser Anteil ist in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich gestiegen.
- In Hinblick auf die Entwicklung des Wohnungseinbruchdiebstahls in den Nachbarstaaten liegen valide Daten lediglich aus den Niederlanden vor. Nach kürzlich eingegangener Mitteilung des Stabes der Nationalen Polizei der Niederlande<sup>8</sup> stieg die Zahl der in den Niederlanden registrierten Wohnungseinbruchdiebstähle von 67 026 Delikten im Jahr 2010 um 11,8 % auf 74 925 Delikte in 2012. Damit ist die Deliktsbelastung in den Niederlanden deutlich höher als in NRW<sup>9</sup>. Die Aufklärungsquoten liegen mit 6,3 % im Jahre 2010, 7,4 % im Jahr 2011 und 7,7 % im Jahr 2012 deutlich unter dem Wert in Deutschland bzw. in NRW. Mit 23 653 Taten, die im Versuch steckengeblieben sind, ist der Versuchsanteil bei ca. 31,6 % ebenfalls deutlich niedriger als in NRW.

### **3 Gesamtkonzept der Polizei NRW gegen den Wohnungseinbruchdiebstahl "Riegel vor!"**

Die Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls ist seit Jahren ein strategischer Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit in NRW. Die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen begegnet diesem Phänomen mit einem langfristigen Gesamtkonzept, begleitet durch eine intensive interne und externe, auf mindestens fünf Jahre angelegte Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Kampagne "Riegel vor! Sicher ist sicherer.". Die einzelnen Handlungsschwerpunkte des Gesamtkonzepts sind nach kriminalfachlichen, wissenschaftlichen und journalistischen Aspekten entwickelt. Sie wurden und werden mit fortschreitender Erkenntnislage fortgeschrieben und ergänzt.

---

<sup>8</sup> Übermittelt mit E-Mail-Nachricht des Nationalen Koordinators Wohnungseinbruch der niederländischen Polizei, Drs. Rodney Bos, an das LKA NRW im September 2013

<sup>9</sup> Bei einem Vergleich der Statistiken bleibt zu beachten, dass die Kriminalstatistik der Niederlande im Bereich des Wohnungseinbruchs auch die Taten erfasst, bei denen es bei Tatausführung zu Gewalttaten gegen Personen gekommen ist. In der PKS werden diese Delikte unter der Schlüsselnummer 219000 (Raubüberfälle in Wohnungen) gesondert erfasst.

Vorrangige Ziele dieses Gesamtkonzeptes der Polizei NRW sind

- nachhaltige Senkung der Fallzahlen sowie Erhöhung der Aufklärungsquote
- weitere Steigerung des Anteils nicht vollendeter Taten an allen erfassten Delikten des Wohnungseinbruchdiebstahls<sup>10</sup>

Das Konzept umfasst im Kern folgende Handlungsschwerpunkte:

### **3.1 Verbesserte örtliche und überörtliche Analyse und Auswertung sowie operativ orientierte Zusammenführung von Erkenntnissen.**

Grundlage jeder polizeifachlichen Aufgabenwahrnehmung sind die Analyse der Kriminalitätslage, das Erkennen örtlicher und überörtlicher Entwicklungen sowie das Zusammenführen von tat- und täterbezogenen Informationen, um Ansatzpunkte für geeignete, insbesondere operative Maßnahmen zur Identifizierung und Überführung von Tatverdächtigen zu gewinnen. Dazu bedarf es tagesaktueller tat- und täterbezogener Informationen.

- Allen Kreispolizeibehörden (KPB) und dem LKA NRW stehen seit Sommer 2010 über das digitale geografische Lagebild zum Wohnungseinbruch (GALAWeb) tagesaktuelle Lageinformationen zu allen festgestellten Taten, Tatorten und Festnahmen auf Landesebene zur Verfügung. Landesweiten Zugriff hat jeder Polizeibeamte auf dem eigenen PC. Damit sowie mit dem Zugriff auf das polizeiliche Vorgangsbearbeitungssystem verfügen die KPB über eine sachgerechte Grundlage für eine tagesaktuelle Bewertung der Kriminalitätslage auf örtlicher und regionaler Ebene und deren Umsetzung in offene oder verdeckte operative Überwachungs-, Kontroll- und Ermittlungsmaßnahmen.
- Die Entwicklung der Wohnungseinbruchkriminalität wird darüber hinaus durch das LKA NRW auf Landesebene beobachtet, analysiert und regelmäßig sowie anlassbezogen in spezifischen Arbeitstagungen mit Führungskräften oder auf Sachbearbeitungsebene erörtert.

---

<sup>10</sup> Erlass MIK NRW vom 04.02.2011 – Az. 42 – 62.16.03

- Da die Steigerung der Fallzahlen überwiegend auf überörtlich tätige Personengruppen und Banden zurückzuführen ist, wurden bereits frühzeitig Informationen überörtlich in Auswerteverbänden der Kreispolizeibehörden gebündelt, bewertet und in behördenübergreifenden Ermittlungs- und Fahndungskonzepten umgesetzt. Ein Beispiel für einen solchen erfolgreichen Auswerteverbund ist der seit Anfang 2011 bestehende Auswerteverbund Wohnungseinbruch-Ruhr (AWR), dem inzwischen 14 Kreispolizeibehörden und das LKA NRW angehören.
- Der Unterstützung insbesondere täterorientierter Analyse- und Ermittlungsansätze zur Bekämpfung der überörtlichen Serientäter dient die Auswertung über die Recherchedatenbanken FINDUS und CASE NRW, in denen landesweit Daten über Tatverdächtige, ihre Arbeitsweisen, Kommunikations- und Personenbezüge abrufbar sind. Die Nutzung dieser Datenbanken unterstützt zudem wirksam die landesweite Vernetzung der Fallbearbeitung in Ermittlungskommissionen. Jede(r) Sachbearbeiter/in in den KPB und im LKA NRW hat Zugriff auf diese Daten.

### **3.2 Besonders umfassende sowie priorisierte systematische Spurensuche, -sicherung und -untersuchung**

Wohnungseinbruchdiebstahl ist ein Serielikt. Die Überführung von Tatverdächtigen des Wohnungseinbruchdiebstahls wie auch anderer Einbruchdiebstähle gelingt überwiegend durch den Sachbeweis. Die Geständnisbereitschaft von Tatverdächtigen zu einzelnen Taten über die Fälle hinaus, die durch Sachbeweise belegt nachgewiesen sind, ist gerade bei professionellen und nichtdeutschen Tatverdächtigen außerordentlich gering.

Anknüpfungspunkte für eine erfolgreiche Tataufklärung bieten neben Hinweisen aus der Bevölkerung und Festnahmen auf frischer Tat insbesondere Finger-, DNA- oder sonstige Spuren an Tatorten, die einen Sachbeweis zur Täteridentifizierung oder zur Zuordnung mehrerer Taten zu einem Tatverdächtigen ermöglichen. Deshalb haben gerade bei den schwer aufklärbaren Wohnungseinbruchdiebstählen die umfassende professionelle Spurensuche, -sicherung und eine priorisierte Spurenuntersuchung eine besondere Bedeutung.

Voraussetzung für eine möglichst erfolgreiche Täteridentifizierung ist neben der intensiven Spurensuche am Tatort das Vorliegen von Fingerabdrücken und DNA-Profilen von bereits in der Vergangenheit ermittelten und erkennungsdienstlich behandelten Tatverdächtigen, um eine Täteridentifizierung und Zuordnung zu ermöglichen.

- Bereits seit 2005 sind die KPB im Rahmen der "Qualitätsoffensive zur Kriminalitätsbekämpfung"<sup>11</sup> gehalten, eine umfassende Spurensicherung gerade auch an den Tatorten von Einbruchdiebstählen zu gewährleisten und die rechtlichen Möglichkeiten zur erkennungsdienstlichen Behandlung und der Feststellung von DNA-Profilen von Tatverdächtigen auszuschöpfen. Beim Wohnungseinbruchdiebstahl ist die Spurensuche und –sicherung an jedem Tatort speziell ausgebildeten Kriminalbeamten vorbehalten. Die Entwicklung der dazu festgelegten Kennzahlen auf Landes- und auf Behördenebene unterliegen einem landeseinheitlichen Fachcontrolling durch das LKA NRW, dessen Ergebnisse regelmäßig auf den halbjährlichen Dienstbesprechungen des MIK NRW mit den Direktionsleitern -K der KPB erörtert werden<sup>12</sup>.
- Gesicherte Tatortfingerspuren werden unmittelbar nach Tatortaufnahme digitalisiert dem LKA NRW übermittelt und dort mittels des Automatisierten Fingerabdruckidentifizierungssystems (AFIS) mit dem bundesweiten Bestand an anderen Tatortspuren und Fingerabdrücken von Tatverdächtigen automatisiert abgeglichen. Im "Trefferfall" werden die Spuren durch Daktyloskopen begutachtet. Eindeutige Identifizierungen werden regelmäßig in Stunden bzw. am Folgetag unmittelbar der Sachbearbeitung mitgeteilt.
- Jährlich gehen beim LKA NRW knapp 10 000 Tatortfingerspuren zum AFIS-Abgleich ein, mehr als die Hälfte davon (seit 2009 schwankend zwischen 5 157 und 5 639) betreffen Fälle des schweren Diebstahls. Fälle des Wohnungseinbruchs werden nicht spezifiziert ausgewiesen. Seit 2008 wird etwa in jedem fünften Fall, seit 2011 in etwa jeden vierten Fall des schweren Diebstahls durch den AFIS-Abgleich eine Person eindeutig als Spurenleger identifiziert. 2011 waren

---

<sup>11</sup> Erlass IM NRW vom 30.09.2005 - 13.02.02 mit Fortschreibungen, zuletzt am 16.12.2011

<sup>12</sup> Seit 2005 sind die Aktivitäten der KPB bei der Ausschöpfung der Möglichkeiten der erkennungsdienstlichen Behandlung sowie der DNA-Analyse deutlich gestiegen, sie können allerdings nicht spezifiziert für den Wohnungseinbruchdiebstahl ausgewiesen werden.

dies 1 431, im Jahr 2012 1 301 Identifizierungen. Damit kommt der Sicherung von Fingerspuren und dem AFIS-Abgleich bei der Tataufklärung eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu.

- Nach Wohnungseinbrüchen gesicherte DNA-Spuren werden im Kriminalwissenschaftlichen und -technischen Institut (KTI) des LKA NRW wie Spuren von Kapital-, Sexual-, Raubdelikten und sonstigen Verbrechenstatbeständen priorisiert bearbeitet bzw. unverzüglich zur Bearbeitung an Fremdinstitute weitergeleitet. Die Laborergebnisse stehen den Ermittlern, Staatsanwaltschaften und Gerichten – sofern nicht besondere Umstände, z.B. Haftsachen, eine noch vordringlichere Bearbeitung erfordern – in der Regel nach 9 Wochen zur Verfügung. Im Jahr 2012 gingen im LKA NRW rund 20 600 DNA-Untersuchungsanträge mit insgesamt ca. 67 500 Asservaten ein. Etwa jeder fünfte Untersuchungsantrag (5 450 Anträge mit ca. 13 600 Asservaten) betraf einen Fall des Wohnungseinbruchs.
- In gleicher Weise erfolgreich wie die Auswertung daktyloskopischer Tatortfingerspuren ist der Abgleich von DNA-Tatortspuren mit dem bundesweiten Bestand der DNA-Analyse-Datei (DAD). Im Jahr 2011 wurden 1 340 Tatortspuren aus Wohnungseinbruchdiebstählen in die DNA-Analyse-Datei (DAD) eingestellt, in insgesamt 513 Fällen konnten die Spurenverursacher identifiziert werden. Daraus ergibt sich eine Trefferquote von ca. 38%. Im Jahr 2012 führte die Speicherung von 1 814 Tatortspuren zu 597 Personenidentifizierungen, was einer Quote von ca. 33 % entspricht.
- Für die beschleunigte Untersuchung von DNA-Spuren insgesamt hat das MIK NRW zur Verkürzung der Bearbeitungszeiten im Rahmen der Fremdvergabe an Rechtsmedizinische und private Institute neben dem jährlichen Budgetansatz von ca. 4 Mio. Euro im Jahre 2012 weitere 4 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Eine Erhöhung der Fremdvergabe war erforderlich, um die steigenden Vorgangszahlen aufzufangen. So stieg die Zahl der im KTI des LKA NRW monatlich eingehenden Untersuchungsanträge zu Vergehenstatbeständen von ca. 500 im Jahre 2005 über ca. 900 im Jahr 2010 auf ca. 1 300 Anträge im Jahr 2012. Der Anteil der Anträge zu Wohnungseinbruchdiebstählen an den Vergehenstatbeständen wuchs in dieser Zeit von ursprünglich 17,3 % auf knapp 38 %. Gemessen an der Gesamt-

zahl aller Untersuchungsanträge betraf im Jahr 2012 etwa jeder vierte Antrag (26 %) einen Fall des Wohnungseinbruchs.

- Aufgrund des Vertrages von Prüm gemäß Beschluss des JI-Rates 2008/615/JI vom 23.06.08 tauscht Deutschland aktuell DNA-Daten mit Frankreich, Österreich, Spanien, den Niederlanden, Lettland, Luxemburg, Rumänien, Slowenien, der Slowakei, Litauen, Polen und Ungarn aus. Im Bereich Fingerabdrücke befindet sich das Prümer Verfahren mit Bulgarien, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, der Slowakei, Slowenien, Zypern, Litauen, der Tschechischen Republik, Spanien und Rumänien im Wirkbetrieb. Das Prümer Verfahren ermöglicht den Mitgliedstaaten den gegenseitigen automatisierten Einzelabgleich von Finger- und DNA-Spuren. Der Abgleich hat wiederholt auch in Kapitaldelikten die Identifizierung von Tatverdächtigen und Ermittlungserfolge ermöglicht.

### **3.3 Örtliche und überörtliche Fahndungskonzepte und –maßnahmen**

Gerade bei von überörtlichen Tätergruppierungen begangenen Serielikten bedarf es in der Regel täterorientierter Ermittlungs-, Kontroll- und Fahndungskonzepte. Ansatzpunkte dafür können neben Hinweisen der Bevölkerung und Festnahmen auf frischer Tat Hinweise von Informanten sowie offene oder verdeckte polizeiliche Ermittlungs- und Kontrollmaßnahmen bieten, z. B. die Überwachung von Brennpunkten, Feststellungen im Rahmen der allgemeinen polizeilichen Aufgabenwahrnehmung durch Beobachtungs- und Feststellungsberichte aller polizeilichen Einsatzkräfte, gezielte örtliche oder überörtliche Schwerpunkteinsätze sowie die Kontrolle von Absatzmöglichkeiten für Diebesgut durch gezielte Überwachung von Pfand- und Leihhäusern, Gebrauchtgüterhändlern oder Internetplattformen.

Ein wesentlicher Ausgangspunkt für Tataufklärungen ist auch die polizeiliche Auswertung von durch Telekommunikationsanbieter gespeicherte Verbindungsdaten in konkreten Verdachtsfällen – soweit sie wegen fehlender rechtlicher Verpflichtung zur Speicherung verfügbar sind -, die Identifizierung von Anschlussinhabern von Kommunikationsmitteln sowie die zielgerichtete, längerfristige Observation unter Einsatz technischer Mittel. Derartige Maßnahmen erfordern in der Regel den Einsatz von Ermittlungskommissionen.

- Anfang 2011 setzte das MIK NRW landesweit die Handlungsempfehlungen einer Arbeitsgruppe des LKA NRW in Kraft, die unter Beteiligung von Einbruchspezialisten der unterschiedlichsten Fachrichtungen (Prävention, Tatortarbeit, Sachbearbeitung, Kriminalitätsauswertung, Öffentlichkeitsarbeit etc.) von Polizeibehörden aus allen Landesteilen entwickelt worden waren. Diese zielen u. a. auf die Umsetzung direktionsübergreifender, integrativer Kontroll- und Fahndungskonzepte mit erforderlichem Ressourceneinsatz, eine systematische Spurensuche und –sicherung, die Ausschöpfung der Möglichkeiten der Sachfahndung, die zunehmende Generierung von Hinweisen aus der Bevölkerung sowie behördenübergreifend abgestimmte Einsatz- und Fahndungskonzepte ab, um "reisende" Täter zu erkennen und ihnen die logistische Basis zu nehmen.
- Auf der Grundlage der unter Berücksichtigung der o.a. Handlungsempfehlungen entwickelten Konzepte setzten die KPB NRW ihre zunehmenden Erkenntnisse über Tat- und Täterzusammenhänge, Bandenstrukturen, Reisewege und -mittel der Täter und Beuteverwertung ab dem Jahreswechsel 2011/2012 auch in regionalen und überregionalen Fahndungstagen um. Wesentliche Grundlagen der überregionalen Fahndungstage haben die KPB des Auswerteverbundes Wohnungseinbruch–Ruhr (AWR) vor dem Hintergrund der überörtlich gebündelten Erkenntnislage und der daraus abgeleiteten behördenübergreifenden Ermittlungs- und Fahndungskonzepte gelegt. Die überregional abgestimmten Maßnahmen führten zu spürbaren Ermittlungserfolgen.
- Um Aktionsräume reisender Täter einzuschränken und ihnen Fluchtmöglichkeiten zu nehmen, sind auch Schwerpunktmaßnahmen mit großflächigen Einsatzräumen sowie hohem Ressourcenaufwand sachgerecht. Dabei wurden zunehmend Autobahnpolizeien, Bundespolizei, Zoll und Polizeien benachbarter Länder einbezogen. Aktionstage mit behördenübergreifendem und konzentriertem Einsatz erhöhen den Fahndungsdruck und führen zu operativen Erfolgen, wie wiederholte Festnahmen von Tätern nach Einbruchstaten im Rahmen derartiger Einsätze belegen.

- Im Rahmen der örtlichen und überörtlichen Fahndungsaktionen gegen Wohnungseinbrecher werden zielgerichtet und geplant Kräfte der Bereitschaftspolizei eingesetzt. Ausweislich der landesweiten Erfassung in FISPOL<sup>13</sup> NRW umfasste dies 2011 insgesamt 44 582 Einsatzstunden, 2012 insgesamt 52 626 Einsatzstunden und im ersten Halbjahr 2013 bereits 41 842 Einsatzstunden. Das im Antrag geforderte Auslösen von Reservekräften der Bereitschaftspolizei aus anderen Einsatzlagen ist fachlich dem gegenüber unsinnig und unpraktikabel.
- Zur Bekämpfung insbesondere überregional tätiger Einbrechergruppen richteten die KPB darüber hinaus zunehmend Ermittlungskommissionen ein. Im Jahr 2012 konzentrierten die KPB Einbruchsexperten zeitweise in bis zu 60 Ermittlungskommissionen gegen Serientäter oder Einbrecherbanden, ermittelten erfolgreich die bundesweit höchste Anzahl Tatverdächtiger (5 236) und klärten zahlreiche Tatserien. Insbesondere im Rahmen dieser Ermittlungsarbeit erfolgen begleitend zielgerichtete Überprüfungen und Ermittlungen zu Verbleib oder Absatz von Tatbeute in örtlichen Hehlerstrukturen oder im Internet.
- Ausschreibungen zur polizeilichen Sachfahndung werden intensiv genutzt. Alle Gegenstände, die im Rahmen einer Straftat abhanden gekommen sind und eine individuelle Kennzeichnung besitzen, die eine eindeutige Identifizierung erlaubt, werden in der bundesweiten Sachfahndungsdatei ausgeschrieben. Dort sind gegenwärtig mehr als 27 Millionen Gegenstände gespeichert. Aus Wohnungseinbruchdiebstählen sind von Polizeibehörden aus NRW gegenwärtig etwa 100 000 Beutestücke, die durch Individualnummern identifizierbar sind (Stand 22.08.2013 aktuell 99 755 Gegenstände aus 50 753 Delikten), zur bundesweiten Sachfahndung ausgeschrieben.

### **3.4 Die Kampagne "Riegel vor! Sicher ist sicherer."**

Eine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung ist nur unter Mithilfe der Bevölkerung möglich. Dies betrifft die Verfolgung und Aufklärung von Straftaten genauso wie deren Verhütung. Deshalb ist es notwendig, die Bevölkerung im Interesse der eigenen Sicherheit durch eine zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit zu einem Verhalten zu ver-

---

<sup>13</sup> Führungsinformationssystem der Polizei

anlassen, das die Gefahr, selbst Opfer von Straftaten zu werden, vermindert und dazu beiträgt, andere vor Schaden zu bewahren sowie der Polizei Hinweise zur Verhütung oder Aufklärung von Straftaten zu geben. Diesem Ziel dient die Kampagne zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit "Riegel vor! Sicher ist sicherer."

Diese Kampagne wird als Teil des polizeilichen Rahmenkonzeptes zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls unter Federführung des LKA NRW flächendeckend und in konzertierten Aktionen durch alle KPB umgesetzt. Im LKA NRW werden die Maßnahmen durch eine Projektgruppe unter Leitung eines Beamten des höheren Dienstes koordiniert. Die Umsetzung in den KPB ist "Chefsache".

Die Kampagne "Riegel vor! Sicher ist sicherer." setzt mit dem Appell an die Bürgerinnen und Bürger, den "dreifachen Riegel" zu nutzen, insbesondere auf die Verbreitung der drei Kernbotschaften:

- ihr Haus oder ihre Wohnung zu sichern
- aufmerksam zu sein und auf Nachbarn und Umgebung zu achten
- verdächtige Beobachtungen unverzüglich der Polizei zu übermitteln und dazu den Notruf 110 zu nutzen.

Damit werden gezielt die drei Elemente des Einbruchschutzes angesprochen, welche unmittelbar Wirkung entfalten, nämlich der technische Einbruchschutz, die Aufmerksamkeit im sozialen Nahraum und das sofortige Hinzurufen der Polizei im Verdachtsfall.

Mit diesem Ansatz setzt die Polizei gezielt auf die Verhinderung von Wohnungseinbrüchen und damit auf die Vermeidung von Sachschäden und psychologischen Folgeschäden bei den Betroffenen. Die bloße Forderung "Beute zurück" greift insoweit eindeutig zu kurz.

- Das LKA stößt mit seiner Dachkampagne anlassbezogenen Präventions- und Kontrollinitiativen der KPB sowie das Interesse der Medien überregional an. Die Verknüpfung der Kampagne mit repressiven Elementen verdeutlicht den integrativen Ansatz zur Bekämpfung des Einbruchdiebstahls.

- Die Umsetzung der Kampagne "Riegel vor! Sicher ist sicherer." erfolgt dezentral, um den lokalen Erfordernissen nach örtlicher Kooperation, der Beteiligung an öffentlichen Veranstaltungen sowie lokaler Schwerpunktsetzung unter Berücksichtigung des Beratungsangebotes der örtlich zuständigen Kommissariate zur Kriminalprävention besser und unmittelbar gerecht werden zu können.
- Die Kampagne wird in hohem Maße von der Öffentlichkeit wahrgenommen. Entscheidend dafür dürften die nachhaltigen Verknüpfungen in den KPB NRW von Kampagne und Logo mit örtlichen Einbruchs- und Präventionsereignissen sowie Aufklärungserfolgen, die wiederkehrenden Auftritte des Ministers als Anchorman der Kampagne im Rahmen der regionalen Pressekonferenzen, die teils provokativen Medien<sup>14</sup> zur Bewerbung der örtlichen Kampagnenaktivitäten und der Austausch über den zentral gepflegten Intrapol-Auftritt des LKA NRW sein.
- Vor dem Hintergrund in der dunklen Jahreszeit regelmäßig steigender Einbruchszahlen werden das LKA NRW und die KPB ab dem 21.11.2013 eine landesweite Aktionswoche "Einbruchschutz" durchführen, um erneut die Kernbotschaften der Kampagne verstärkt zu verbreiten. Im Vordergrund stehen die Botschaften "Seien Sie aufmerksam!" und "Wählen Sie im Verdachtsfall 110!". Neben einer begleitenden Presse- und Öffentlichkeitsarbeit – in einer Auftaktveranstaltung mit Minister Jäger - werden durch die KPB proaktiv Beratungen zum Einbruchschutz angeboten sowie dezentrale Veranstaltungen mit Kooperationspartnern und Netzwerken durchgeführt.

Festzustellen ist, dass im Jahr 2012 bereits 40 % der Einbrüche im Versuch steckenblieben<sup>15</sup> - nicht zuletzt wegen der Aufmerksamkeit von Nachbarn oder wegen technischer Sicherungen an Fenstern oder Türen. Insbesondere solider mechanischer Einbruchschutz verhindert Einbrüche. Die Verbesserung des technischen Einbruchschutzes einschließlich der Nachrüstung von nicht ausreichend gesicherten Wohnungen muss daher Ziel polizeilicher Bemühungen bleiben. Folgerichtig hat auch das "Programm Polizeiliche Kriminalprävention" des Bundes und der Länder mit seiner Kampagne "K-Einbruch" 2012 die NRW-Kampagne bundesweit aufgegriffen.

---

<sup>14</sup> [http://www.youtube.com/watch?feature=player\\_embedded&v=puwXSzpfXIY](http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=puwXSzpfXIY)

<sup>15</sup> zuletzt PKS 2012

### 3.5 "Riegel vor! Mobile Täter im Visier"

Als Erweiterung der Kampagne "Riegel vor! Sicher ist sicherer." wurde auf der Grundlage der fortschreitenden Erkenntnislage ergänzend das Rahmenkonzept "Riegel vor! Mobile Täter im Visier" aufgelegt, um die spezifischen Präsenz- und Bekämpfungsprojekte der KPB zu unterstützen und noch wirksamer und nachhaltiger gegen professionelle, zunehmend überregional und arbeitsteilig vorgehende mobile Banden vorzugehen.

Das Rahmenkonzept geht von einem täterbezogenen Ermittlungsansatz bei "Mobilen Intensivtätern Eigentum" aus und bezieht das dichte Netz von Bundesautobahnen und Fernstraßen mit einer Vielzahl von Tank- und Rastanlagen in zielgerichtete Ermittlungs-, Kontroll- und Fahndungskonzepte ein, das vor allem in Nordrhein-Westfalen eine gute Infrastruktur für den Zugang zu Tatobjekten, den Transport von Tatmitteln und -beute sowie Fluchtmöglichkeiten bietet.

- Als "Mobile Intensivtäter Eigentum" werden alle Tatverdächtigen ins Visier genommen, die innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten mit mindestens fünf Eigentumsdelikten (ohne Ladendiebstahl) und in mindestens drei Polizeibezirken auch außerhalb von Nordrhein-Westfalen polizeilich in Erscheinung getreten sind. Diese Täter werden in der Regel von lokalen polizeilichen Maßnahmen nicht nachhaltig erfasst. Zur Verhinderung und Aufklärung ihrer überörtlich begangenen Straftaten werden daher überbezirkliche Zuständigkeiten festgelegt und Maßnahmen eingeleitet.
- Wesentliches Ziel dieses vorrangig täterorientierten Rahmenkonzeptes ist es, die Erkenntnislage über "Mobile Intensivtäter Eigentum" zu verbessern, eine hochwertige Beweisführung und konsequente Verfolgung von Straftaten sicherzustellen, den Fahndungs- und Ermittlungsdruck durch Zuweisung qualitativ und quantitativ aufwändiger Strafverfahren an Ermittlungskommissionen zu erhöhen sowie vermehrt bei den Staatsanwaltschaften Sammelverfahren anzuregen und durchzuführen, um gerade bei wiederholt auftretenden Seriensträtern Verurteilungen mit spürbaren Freiheitsstrafen zu erreichen.

- Die Ermittlungen gegen "Mobile Intensivtäter Eigentum" werden daher den Kriminalhauptstellen übertragen, die ein auf die jeweilige Person abgestimmtes repressives und präventives Maßnahmenkonzept entwickeln, Sammelverfahren und Maß geschneiderte justizielle Maßnahmen wie Durchsuchungen, Ausschreibungen zur Personen- und Sachfahndung sowie zur Polizeilichen Beobachtung initiieren.
- Die Ermittlungen werden in den Kriminalhauptstellen regelmäßig mit spezialisierten Ermittlungskräften oder -kommissionen geführt. Dabei werden die örtlichen KPB nach Bedarf einbezogen. Im LKA NRW ist eine Koordinierungsstelle eingerichtet, die deren Arbeit durch gezielte Analysen und Auswertungen zu Tatserien und zu jedem identifizierten Täter unterstützt. Die Koordinierungsstelle stellt auch die Zusammenarbeit mit den Zentralstellen der Länder und mit Europol sicher. Für diese Aufgaben sind für die Kriminalhauptstellen und das LKA NRW insgesamt 20 zusätzliche Stellen bereitgestellt.

Der integrativen Aufgabenwahrnehmung im Rahmen der allgemeinen Einsatzbewältigung sowie von Verkehrsüberwachungsmaßnahmen kommt bei der Umsetzung des Rahmenkonzeptes eine besondere Bedeutung zu. Hier werden die Maßnahmen unter Einbeziehung von Autobahnpolizei und Zoll nochmals verstärkt und über Landesgrenzen hinweg mit den Polizeien der Nachbarländer Niedersachsen, Hessen und Rheinland-Pfalz abgestimmt. Das konsequente Ausschöpfen aller rechtlich zulässigen Maßnahmen bei polizeilichen Kontrollen ist ein wesentlicher Baustein zur Informationsgewinnung, der Ausübung von Kontrolldruck, dem Auffinden von Diebesgut und der Tataufklärung.

## **4 Flankierende Maßnahmen**

### **4.1 Zusammenarbeit mit der Bau-, Wohnungs- und Versicherungswirtschaft, Kooperationen zum Einbruchsschutz**

Eine Vielzahl von bereits seit einigen Jahren eingeleiteten polizeilichen und politischen Initiativen zur Zusammenarbeit mit Partnern aus der Bau-, Wohnungs- und

Versicherungswirtschaft auf Landes- und örtlicher Ebene dient dem Ziel, den Einbruchsschutz nachhaltig zu verbessern.

- So existiert auf Initiative der Polizeibehörden Münster und Gütersloh bereits seit 2005 das Netzwerk "Zuhause sicher". Zweck des eingetragenen, gemeinnützigen Vereins unter Schirmherrschaft des Ministers für Inneres und Kommunales NRW ist die Information der Bürgerinnen und Bürger über die Bedeutung und praktische Möglichkeiten von Einbruch- und Brandschutz. Derzeit kooperieren 23 KPB NRW mit den lokalen Schutzgemeinschaften des Netzwerks, in dem Polizei, Handwerk, Kommunen und Unternehmen aus Industrie, Dienstleistungs- und Versicherungswirtschaft zusammenarbeiten. Verschiedene Versicherungsunternehmen gewähren bei Vorliegen der Voraussetzungen, insbesondere dem Nachweis eines geprüften mechanischen Aufhebelschutzes an allen gefährdeten Gebäudeöffnungen, einen Nachlass.
- Darüber hinaus bestehen von Seiten der KPB des Landes NRW 82 weitere Kooperationen mit außerpolizeilichen Institutionen zur Prävention von Wohnungseinbrüchen. Dies sind in 34 Fällen Kooperationen mit Vermietungs-, Wohnungsbau- und Baugesellschaften und Bauträgern, in 11 Fällen mit Handwerkskammern und –verbänden, in 4 Fällen mit Architektenkammern und –verbänden sowie in 33 Fällen mit sonstigen Institutionen. Bei dieser Zusammenarbeit stehen zielgruppenspezifische Empfehlungen zum Einbruchschutz bei Neubauten, Renovierungs- und Sanierungsarbeiten sowie bei der Wohnumfeldgestaltung im Vordergrund. So wurden bereits Empfehlungen bei der Sanierung von gesamten Stadtquartieren umgesetzt. Die Architektenkammer NRW hat auf ihrer Internetseite ausführliche Informationen zur Kriminalprävention eingestellt.
- Das LKA NRW hat ergänzend Möglichkeiten einer Kooperation in den Themenfeldern Einbruch in Gewerbeobjekte und Wohnungen mit dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) erörtert. Der GDV unterstützt die Präventionsmaßnahmen des Programms Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes und setzt sich für eine Anpassung der Musterbauordnung ein, um Standards zum Einbruchschutz zu implementieren.

- Im Rahmen der Kampagne "Riegel vor!" hat das LKA NRW darüber hinaus eine Zusammenarbeit auf fachlicher Ebene zu den Themen der technischen Prävention mit der Tochtergesellschaft des GDV, der VdS Schadensverhütung GmbH, initiiert. Diese ist für mechanische und elektronische Einbruchschutzprodukte akkreditierte Prüf- und Zertifizierungsstelle und entwickelt Prüfgrundlagen und qualitative Anforderungen an Produkte und Anlagen im Schadensverhütungsbereich.
- Nach den Feststellungen des LKA NRW gewähren einige Versicherungsunternehmen beim Nachweis technischer Sicherungen zum Einbruchschutz Nachlässe auf die Hausratsversicherung. Die Höhe der Nachlässe weist bei unterschiedlicher Grundprämie für die Versicherung vergleichbarer Sachwerte Unterschiede auf. Nach Auskunft des GDV fordern die meisten Hausratsversicherer bei Vertragsabschluss eine Grundsicherung, z. B. durch Profilzylinder und "Ziehschutz" in Türen.
- Auf Initiative des Ministers für Inneres und Kommunales NRW, Ralf Jäger, hat der Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr, Michael Groschek, vorbehaltlich einer notwendigen Veränderung des Baurechts zur Verbesserung der technischen bzw. baulichen Sicherung von Wohnungen und Häusern den drei großen Verbänden der nordrhein-westfälischen Wohnungswirtschaft eine freiwillige Selbstverpflichtung zu mehr Einbruchschutz vorgeschlagen. Dies ist von einzelnen Dachverbänden positiv aufgenommen worden, die Zusammenarbeit mit der Polizei - soweit diese nicht ohnehin schon besteht - wurde angeboten und aufgegriffen.
- Im Rahmen einer vom Polizeipräsidium Dortmund initiierten Kooperation hat sich die Arbeitsgemeinschaft Dortmunder Wohnungsunternehmen e.V. (ADW), die etwa 100 000 Wohnungen verwaltet, bereit erklärt, den Bestand an Wohnungen der Mitglieder der ADW, die nach DIN-Standard gesichert sind, zu erhöhen, die Bewohner über sicherheitsbewusstes Verhalten zu informieren und die Quartiere nach Aspekten der städtebaulichen Kriminalprävention zu gestalten. Entsprechende Initiativen mit den in ihrem Bereich ansässigen großen Unternehmen der Wohnungswirtschaft sind von anderen KPB eingeleitet.

- Die bisher zu anderen Themen<sup>16</sup> erfolgreiche Kooperation des LKA NRW mit der Verbraucherzentrale (VZ) NRW<sup>17</sup> greift aktuell das Thema "Prävention von Wohnungseinbruchdiebstahl" in Kombination mit Energiesparmaßnahmen auf. Gegenwärtig führen 35 Beratungsstellen der VZ NRW unter Beteiligung des LKA NRW sowie von KPB unter dem Motto "sicher-sparsam-schön" eine Aktion rund um die Haustür durch. Im Zuge der Aktion werden Bürger über Energiesparmaßnahmen und Einbruchschutz informiert.

#### **4.2 Polizeiliche Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene**

Das LKA NRW unterhält als kriminalpolizeiliche Zentralstelle des Landes auch in der Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls enge Arbeitskontakte zu den Landeskriminalämtern, dem Bundeskriminalamt, zu Zentralstellen der Nachbarstaaten und zu Europol. Im Vordergrund stehen neben dem Informationsaustausch zu Auswertung und Analyse des Phänomens auch der Austausch und die Abstimmung von Bekämpfungskonzepten sowie die Initiierung von Schwerpunkteinsätzen und von operativen Maßnahmen in Ermittlungsverfahren.

- Eine auf Veranlassung der Ständigen Innenministerkonferenz (IMK) eingerichtete Bund-Länder-Projektgruppe "Maßnahmen zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls" legte unter maßgeblicher Beteiligung des LKA NRW auf der Grundlage einer durch das BKA zusammengefassten "Lagedarstellung Wohnungseinbruchdiebstahl 2012" Handlungsempfehlungen vor, die im Wesentlichen die bereits Anfang 2011 vom MIK NRW erlassenen Handlungsempfehlungen für die Polizeibehörden NRW aufgreifen bzw. berücksichtigen. Die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Landeskriminalämter und des Präsidenten des Bundeskriminalamts (AG Kripo) hat mit Beschluss vom 11./12.09.2013 Bund und Ländern die Umsetzung der Handlungsempfehlungen unter Berücksichtigung vorhandener Ressourcen empfohlen. Diese umfassen eine gemeinsame kriminalpolitische Schwerpunktsetzung, landesweite Prioritätsentscheidungen für den zielgerichteten Kräfte- und Mitteleinsatz zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls, ein abgestimmtes Vorgehen bei überörtlich und länderübergreifend handelnden

<sup>16</sup> Telefonabzocke, Kaffeefahrten

<sup>17</sup> Pressemitteilung des LKA NRW vom 06.12.2012:

<http://www.presseportal.de/polizeipresse/pm/58451/2377717/lka-nrw-gemeinsam-gegen-betrueger-und-abzocker-verbraucherzentrale-nrw-und-landeskriminalamt-nrw>

Tätern und Tätergruppen, die Fortschreibung von Bekämpfungskonzepten unter Berücksichtigung der relevanten regionalen Besonderheiten sowie die Verbesserung der operativen Datenbasis und des operativen Datenaustauschs durch Nutzung der bundesweiten Datei INPOL-F "Eigentums- und Vermögensdelikte" (EIVER).

- Vertreter des LKA NRW hatten zuvor in einer weiteren Bund-Länder-Projektgruppe im Auftrag der IMK zum Thema "Kriminalität, begangen durch reisende Täter" (2012) mitgewirkt, die Vorschläge für die Schaffung einer einheitlichen Datenbasis vorgelegt hat, um die operative und strategische Auswertung für diesen Phänomenbereich zu verbessern. Die daraus resultierende länderübergreifende Vernetzung der bundesweiten Datenbasis wurde durch die Entwicklung und Implementierung der Bund-Länder-Datei-Schnittstelle zur automatisierten Übermittlung<sup>18</sup> von Erkenntnissen in die neue Datei INPOL-F EIVER mit online-Schnittstelle zu EUROPOL maßgeblich von den Landeskriminalämtern Bayern und NRW vorangetrieben.
- Regelmäßig oder anlassbezogen erfolgen Lagebesprechungen mit den Landeskriminalämtern und Nachbarbehörden der Länder Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, um Informationen auszutauschen und verfahrensbezogenen Maßnahmen abzustimmen. Dabei werden die Daten teilautomatisiert ausgetauscht. Das LKA NRW wirkt im Rahmen der nationalen Gremienarbeit nachhaltig am Informationsaustausch auf Bundesebene mit.
- Über die im Euregionalen Polizeilichen Informations- und Cooperations-Centrum (EPICC) tätigen Mitarbeiter des LKA NRW werden grenzüberschreitend polizeiliche Informations- und justizielle Rechtshilfeersuchen mit den belgischen und niederländischen Polizei- und Justizstellen schnell und wirksam ausgetauscht. In den Jahren von 2006 bis 2012 stieg die Zahl der Rechtshilfesachverhalte um fast 29 % auf etwa 10 000 Fälle an. Diese betreffen in hohem Maße Eigentumsdelikte, die nicht weiter spezifiziert werden können. Über EPICC werden für nordrhein-westfälische Polizeibehörden erfolgreich Besprechungen und Analyseprojekte bei EUROPOL initiiert.

---

<sup>18</sup> Stand 30.08.2013 lt. BKA: Realisiert von Bayern, Nordrhein-Westfalen, Thüringen, Brandenburg und BKA (vorbereitet: Sachsen)

- Zwischen den KPB entlang der Grenze mit den Niederlanden und den zuständigen niederländischen Behörden bestehen Kooperationen zum Austausch von Lagebildern u. a. zu Einbruchdelikten und zum Abgleich gesicherter Tatortspuren, um grenzüberschreitende Tatzusammenhänge aufzuklären.
- Positive Erfahrungen hat das im Frühjahr 2012 auf der Basis von Art. 13 EU-RhÜbk eingerichtete Joint Investigation Team unter Beteiligung von belgischen, niederländischen und deutschen Behörden im Dreiländereck erbracht, durch das erfolgreich ein Ermittlungsverfahren zum Phänomen "Homejacking" mit Delikten der Einbruchs- und Kfz-Kriminalität bearbeitet wurde.
- Zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls beteiligt sich das LKA NRW als Partner an zwei internationalen wissenschaftlichen Projekten des EU-Förderprogramms "Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung" (ISEC), das sich an Justiz, Polizei- und Strafverfolgungsbehörden der EU richtet. Dabei handelt es sich um ein Projekt des Innenministeriums von Belgien
  - "An integral methodology to develop an information-led and community orientated policy to tackle domestic burglary"
 sowie um ein Projekt der Nationalen Polizei der Niederlande
  - "Mobile Organized Crime Groups and Domestic Burglaries".

Projektziele sind u.a. die Zusammenführung von Erkenntnissen mit gezielten Aktivitäten in den Mitgliedstaaten der EU zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchs durch mobile Tätergruppierungen. Dabei werden die Ergebnisse des belgischen Analyseprojektes zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchs in das 2014 beginnende Projekt der niederländischen Nationalen Polizei einfließen.

#### **4.3 Wissenschaftliche Aufarbeitung des Phänomens des Wohnungseinbruchdiebstahls**

Die Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle (KKF) des LKA NRW hat das Phänomen Wohnungseinbruch auf Basis von Hell- und Dunkelfelddaten bereits wissenschaftlich in verschiedenen Studien untersucht. Die Ergebnisse der Untersuchun-

gen sind in die Fortentwicklung der Bekämpfungskonzepte zum Wohnungseinbruchdiebstahl in NRW und auf Bundesebene eingebracht worden.

- Auf Basis von Einzeldatensätzen der PKS wurde eine statistische Analyse aller in NRW polizeilich erfassten Wohnungseinbrüche der Jahre 2008 bis 2011 (176 030) und der dazu ermittelten Tatverdächtigen (18 540) durchgeführt.<sup>19</sup> Die Ergebnisse der hypothesenprüfenden Strukturanalyse legen insbesondere nahe, dass im Winterhalbjahr zu einem deutlich größeren Anteil professionelle Täter agieren als im Sommerhalbjahr. Kennzeichnend für diese Täter sind die Merkmale Nichtdeutsche, nicht allein handelnd, ohne Wohnsitz in Deutschland, ohne festen Wohnsitz oder mit unbekanntem Wohnsitz. Die durch diese Täter verursachten Diebstahlsschäden sind überproportional hoch.
- Daneben hat die KKF des LKA NRW im Auftrag des MIK NRW ergänzend zu den aus der PKS und deliktsspezifischen Lagebildern abzuleitenden Informationen über das Ausmaß, die Struktur und die Entwicklung des Kriminalitätsgeschehens in NRW durch eine periodische Befragung der nordrhein-westfälischen Bevölkerung zu deren Kriminalitätserfahrungen, unter anderem zu (potentiell) erlebten Wohnungseinbrüchen weitere Daten erhoben, aus deren Auswertung Erkenntnisse zu Risikofaktoren, Anzeigeverhalten und Präventionsmaßnahmen gewonnen werden können.<sup>20</sup>

Eine Zusammenfassung wesentlicher Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchungen enthält die **Anlage**.

#### 4.4 Rechtspolitische Initiativen

- Die IMK hat 2011 unter Mitwirkung von NRW Vorschläge zur Verbesserung der Sachfahndung verabschiedet, die die Wiedereinführung entsprechender Dokumentationspflichten der Gebrauchtgüterhändler und Pfandleihbetriebe sowie

---

<sup>19</sup> Landeskriminalamt NRW (2012): Wohnungseinbruch. Eine hypothesenprüfende Strukturanalyse (Teil 1) [http://www.polizei.nrw.de/media/Dokumente/Behoerden/LKA/121127\\_Teil1\\_WED.pdf](http://www.polizei.nrw.de/media/Dokumente/Behoerden/LKA/121127_Teil1_WED.pdf) und

Landeskriminalamt NRW (2013): Wohnungseinbruch. Eine hypothesenprüfende Strukturanalyse (Teil 2) [http://www.polizei.nrw.de/media/Dokumente/Behoerden/LKA/130515\\_WED\\_Teil\\_2.pdf](http://www.polizei.nrw.de/media/Dokumente/Behoerden/LKA/130515_WED_Teil_2.pdf)

<sup>20</sup> Landeskriminalamt NRW (Im Erscheinen): Kriminalitätsmonitor NRW. Wohnungseinbruch: Risikofaktoren, Anzeigeverhalten und Prävention. Düsseldorf

gewerbe- und polizeirechtliche Kontrollbefugnisse voraussetzen, die jedoch dem Gesetzesvorbehalt unterliegen.

- Anlässlich ihrer Frühjahrstagung 2012 hat die IMK auf Initiative des Ministers für Inneres und Kommunales NRW das Bundesministerium des Innern aufgefordert, sich innerhalb der Bundesregierung zügig für die Vorlage eines Gesetzentwurfs zur sogenannten Vorratsdatenspeicherung einzusetzen. Sie hat erneut ihre Feststellung bekräftigt, dass eine unverzügliche Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG auf der Grundlage des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 02.03.2010 dringend geboten ist. Durch den Wegfall der Mindestspeicherfrist für Telefon- und Internetverkehrsdaten ist eine erhebliche Schutzlücke bei der Aufklärung von schweren Straftaten entstanden.

## **5 Die Umsetzung des Konzepts zeigt Wirkung**

Die Wirksamkeit des Gesamtkonzeptes und seiner Komponenten unterliegen einem Fachcontrolling und sind regelmäßig Gegenstand der Fachbesprechungen des MIK NRW mit den KPB und den Landesoberbehörden.

Die Umsetzung des Gesamtkonzeptes erfordert einen langen Atem. Angesichts der Komplexität der zugrunde liegenden Entwicklung auf europäischer und bundesdeutscher Ebene sind schnelle Erfolge auf lokaler oder regionaler Ebene nicht zu erwarten. Dennoch zeigt die Umsetzung des Gesamtkonzeptes der Polizei NRW bereits Wirkung. Mit Blick auf die übergreifenden Ziele des Gesamtkonzeptes - Senkung der Fallzahlen, Erhöhung der Aufklärungsquoten sowie Steigerung des Anteils nicht vollendeter Taten an allen erfassten Delikten des Wohnungseinbruchdiebstahls - lässt sich folgendes feststellen:

- Sinkende Fallzahlen des Wohnungseinbruchdiebstahls sind erwartungsgemäß in der kurzen Zeit noch nicht erreicht. Auch wenn die Zahl der Wohnungseinbruchdiebstähle 2012 in NRW weiterhin angestiegen ist, ist der Trend ständig wachsender Steigerungsraten in Nordrhein-Westfalen jedoch - anders als auf Bundesebene - gebrochen. Lag die Steigerungsrate in NRW 2011 noch bei 12,5 %, re-

duzierte sie sich 2012 auf 7,5 %. Damit blieb sie unter dem bundesweiten Anstieg von 8,7 %<sup>21</sup>. Im ersten Halbjahr 2013 reduzierte sich die Steigerungsrate in NRW gegenüber dem Vorjahreszeitraum erneut auf nunmehr 4,1 %.

- Während sich der Trend der sinkenden Aufklärungsquote beim Wohnungseinbruch auf Bundesebene in den letzten Jahren auch 2012 mit z. T. außerordentlich deutlichen Werten in verschiedenen Ländern<sup>22</sup> und bundesweit um -0,5 % weiter fortgesetzt hat, ist der Trend in NRW bereits seit 2010 gebrochen. So stieg die Aufklärungsquote in NRW trotz der weiterhin angewachsenen Fallzahlen in den Jahren 2011 und 2012 um insgesamt 1,9 %.
- Die Zahl der von Tätern im Versuchsstadium abgebrochenen Wohnungseinbrüche ist von 16 086 im Jahr 2009 auf 21 714 im Jahr 2012 gestiegen. Der Anteil der nicht vollendeten Delikte lag als Folge der zunehmend besser gewordenen technischen Sicherungen von Wohnungen und Wohnhäusern sowie einer größeren nachbarschaftlichen Aufmerksamkeit daher 2012 erstmals bei über 40 %.
- Die gesteigerte Aufklärungsleistung der Polizei in Nordrhein-Westfalen wird vor allem an der spürbar gewachsenen Zahl der aufgeklärten Einbrüche und der ermittelten Tatverdächtigen noch deutlicher. Wurden 2010 noch 5 766 Wohnungseinbrüche aufgeklärt, waren es 2011 bereits 6 856, 2012 sogar 7 470 Taten. Die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen stieg in diesem Zeitraum ebenfalls um 503 Personen von 4 733 auf 5 236. Bezeichnenderweise geht der Zuwachs an ermittelten Tatverdächtigen nahezu ausschließlich auf als tatverdächtig ermittelte Nichtdeutsche zurück. Waren 2010 noch 1 389 als Tatverdächtige ermittelte Personen Nichtdeutsche, so wurden 2012 mit 1 851 nichtdeutschen Tatverdächtigen 462 Personen mehr ermittelt.
- Evident sind vor allem auch die überdurchschnittliche Beweis- und Vernehmungsleistung der NRW-Polizei, insbesondere infolge qualitätsgesicherter Sachbeweise. Die wachsende Zahl von Täteridentifizierungen durch gesicherte daktyloskopische und DNA-Spuren hat daran einen nicht unerheblichen Anteil. Dies findet

---

<sup>21</sup> In einzelnen Ländern stiegen die Fallzahlen 2012 um mehr als 20 %, z.B. Brandenburg 25,9 %, Niedersachsen 23,6 %, Saarland 22,0 %

<sup>22</sup> Baden-Württemberg -3,7 %, Bayern -2,9 %, Saarland, -3,0 %, Sachsen -4,0%, Thüringen -10,3 %

seinen Niederschlag in der gerichtlichen Verurteiltenquote von Tatverdächtigen des Wohnungseinbruchdiebstahls, die ausweislich der Strafverfolgungsstatistik in NRW<sup>23</sup> 2010 bis 2012 mit ca. 14 - 17 %<sup>24</sup> doppelt so hoch liegt wie auf Bundesebene<sup>25</sup> mit 8,51 %<sup>26</sup>.

In diesem Zusammenhang bedarf die in dem vorliegenden Antrag aufgegriffene Aussage, dass "nur 2-3 Prozent der Täter" angeklagt und zur Rechenschaft gezogen werden, der klarstellenden Korrektur. Fälschlicherweise legt der Verfasser eine Quote aus den Zahlen der angezeigten Fälle und der Verurteilten<sup>27</sup> zugrunde. Die Verurteiltenquote setzt jedoch nach allgemeiner Übung und wissenschaftlich korrekt die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen mit der Zahl der Verurteilten ins Verhältnis. Unberücksichtigt bleibt in der Betrachtung der bloßen Zahl der Verurteilten zudem, wegen wie vieler Einzeltaten eine Person verurteilt wird. Die Zahl der Taten, für die Verurteilungen erfolgen, ist daher höher als die Zahl der Verurteilten.

## 6 Fazit

Die Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls ist bereits seit 2010 strategischer Schwerpunkt der Arbeit der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie ist damit Vorreiter in Deutschland.

Die Polizei des Landes geht mit einem sukzessive fortentwickelten ganzheitlichen, auf verschiedene Handlungsschwerpunkte ausgerichteten Konzept gegen den Wohnungseinbruch vor. Dies beschränkt sich nicht – wie die eindimensionale Forderung „Beute zurück“ – auf einen einzelnen Aspekt der repressiven polizeilichen Arbeit, wenn der Schaden bereits eingetreten ist. Es umfasst in einem wirksamen Gesamt-

---

<sup>23</sup> IT NRW, Düsseldorf, Juli 2013

<sup>24</sup> Bei dem Vergleich von Strafverfolgungsstatistik und PKS ist zu berücksichtigen, dass es sich dabei nicht um eine Verlaufsstatistik handelt.

<sup>25</sup> Statistisches Bundesamt, Fachserie 10, Reihe 3, Rechtspflege

<sup>26</sup> Ähnliche Differenzen zwischen der Anzahl der ermittelten Tatverdächtigen und der Verurteilten ergeben sich auch für andere Deliktsbereiche. So lag die Verurteiltenquote in NRW beispielsweise bei Tötungsdelikten (Mord und Totschlag) im Jahr 2011 bei 23,8 % (Bund 15,2 %) und bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung bei 19,7 % (Bund 17,4 %).

<sup>27</sup> Kawelowski, Frank (2012): „Seitdem geh ich kaum noch von zuhause weg“, Seite 102, 106

konzept erforderliche präventive und repressive Ansätze zur besseren und nachhaltigen Kontrolle dieser Einbruchskriminalität. Dies sind insbesondere

- eine verbesserte örtliche und überörtliche Analyse und Auswertung sowie operativ orientierte Zusammenführung von Erkenntnissen
- eine umfassende sowie priorisierte systematische Spurensuche, -sicherung und –untersuchung
- örtliche und überörtliche Fahndungskonzepte und –maßnahmen
- die Kampagne "Riegel vor!" mit dem Appell an Bürgerinnen und Bürger, den "dreifachen Riegel" zu nutzen:
  - Haus oder Wohnung zu sichern
  - Aufmerksam zu sein und auf Nachbarn und Umgebung zu achten
  - Verdächtige Beobachtung der Polizei sofort über Notruf 110 zu melden.
- das Rahmenkonzept zur Bekämpfung überbezirklich mobiler Intensivtäter Eigentumskriminalität.

Diese Maßnahmen zeigen Wirkung.

- Der Trend wachsender Steigerungsraten der Fallzahlen des Wohnungseinbruchdiebstahls ist in NRW gebrochen, ebenso der Trend sinkender Aufklärungsquoten.
- Zahl und Anteil der Taten, die im Versuch stecken bleiben, sind in NRW gewachsen.
- Die gesteigerte Aufklärungsleistung der Polizei NRW wird an der spürbar steigenden Zahl der aufgeklärten Einbrüche und der ermittelten Tatverdächtigen deutlich.
- Insbesondere infolge qualitätsgesicherter Sachbeweise durch Täteridentifizierungen aufgrund gesicherter daktyloskopischer und von DNA-Spuren liegt die gerichtliche Verurteiltenquote ausweislich der Strafverfolgungsstatistik in NRW doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt.

Die polizeilichen Ermittlungs- und Fahndungsmaßnahmen werden durch flankierende Maßnahmen und Initiativen mit weiteren Partnern auf örtlicher, Landes-, nationaler und internationaler Ebene unterstützt.

Wesentliche Phänomenerkenntnisse der Polizei des Landes und darauf fußende konzeptionelle Bekämpfungsansätze sind im Rahmen der Bund-Länder-Zusammenarbeit auf Bundesebene implementiert. Die Fortentwicklung und Umsetzung des Bekämpfungskonzepts wird bislang in NRW als einzigem Bundesland durch wissenschaftliche Studien begleitet.

Nach alledem bedarf es des hier vorliegenden Antrages "NRW braucht endlich ein wirksames Gesamtkonzept zur Bekämpfung massiv steigender Einbruchszahlen – Sofortprogramm "Beute zurück" starten" nicht.

gez. Gatzke





## Anlage

**Schriftliche Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Innenausschusses am 10. Oktober 2013 zum Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/2621**

„NRW braucht endlich ein wirksames Gesamtkonzept zur Bekämpfung massiv steigender Einbruchszahlen – Sofortprogramm „Beute zurück“ starten“

## Entwicklung des Wohnungseinbruchdiebstahls in NRW

### Fallzahlen

Im Jahr 2012 stiegen die Fallzahlen beim Wohnungseinbruchdiebstahl erneut; im Vergleich zum Vorjahr um 3 799 Fälle oder 7,54 % auf 54 167. Damit setzte sich der Trend steigender Fallzahlen seit dem Jahr 2007 (37 393 Fälle) moderater als noch im Jahr 2011 fort.

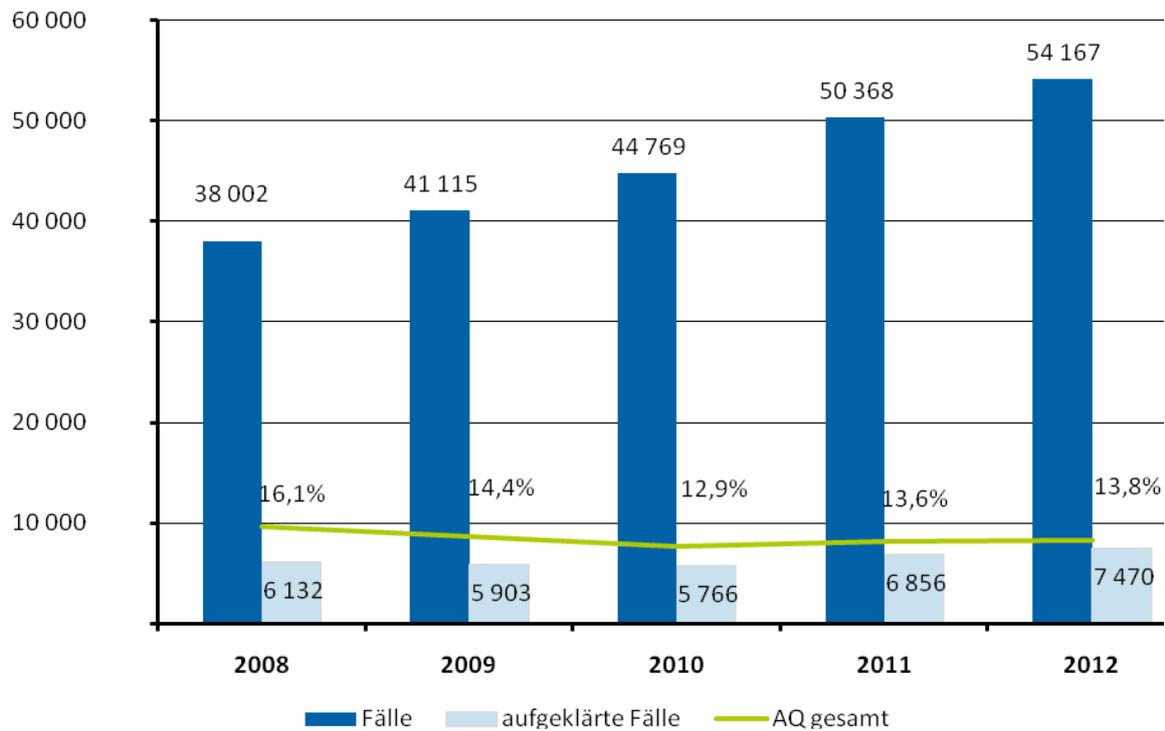
24 466 Fälle (45,2 %) waren Tageswohnungseinbrüche (2011: 22 773 oder 45,2 % der WED).

7 470 Fälle konnten aufgeklärt werden. Die Aufklärungsquote stieg im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (6 856 geklärte Fälle) von 13,6 % auf 13,8 %.

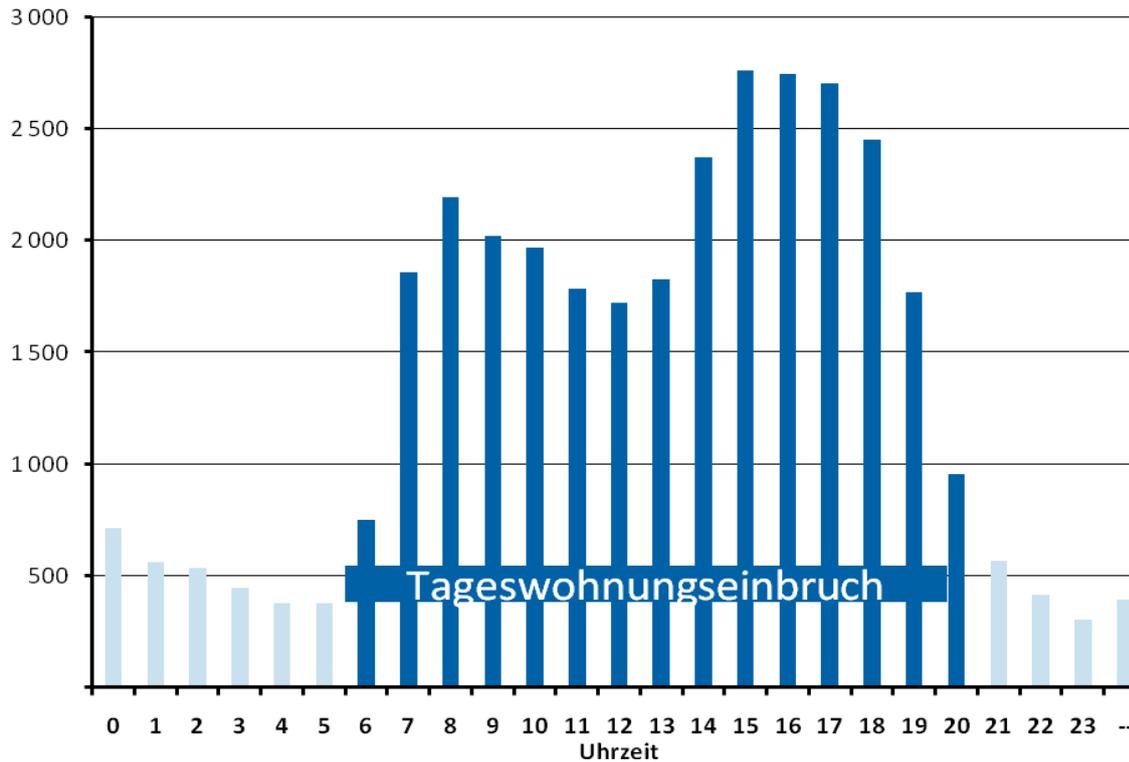
21 714 Fälle (40,1 %) waren Versuche. Der Anteil der Versuche hat sich seit 2008 (39,1 %) erhöht.

Die Häufigkeitszahl stieg von 211 im Jahr 2008 auf 304. Das ist der höchste Wert seit 1995 (325).

**Abbildung 1: Fallzahlen und Aufklärungsquote - Entwicklung**



**Abbildung 2: Tatzeitbeginn bei Fällen, deren Tatzeit sich über nur einen Tag erstreckt**



**Tabelle 1: Fallzahlen Wohnungseinbruchdiebstahl (435.00) - Entwicklung**

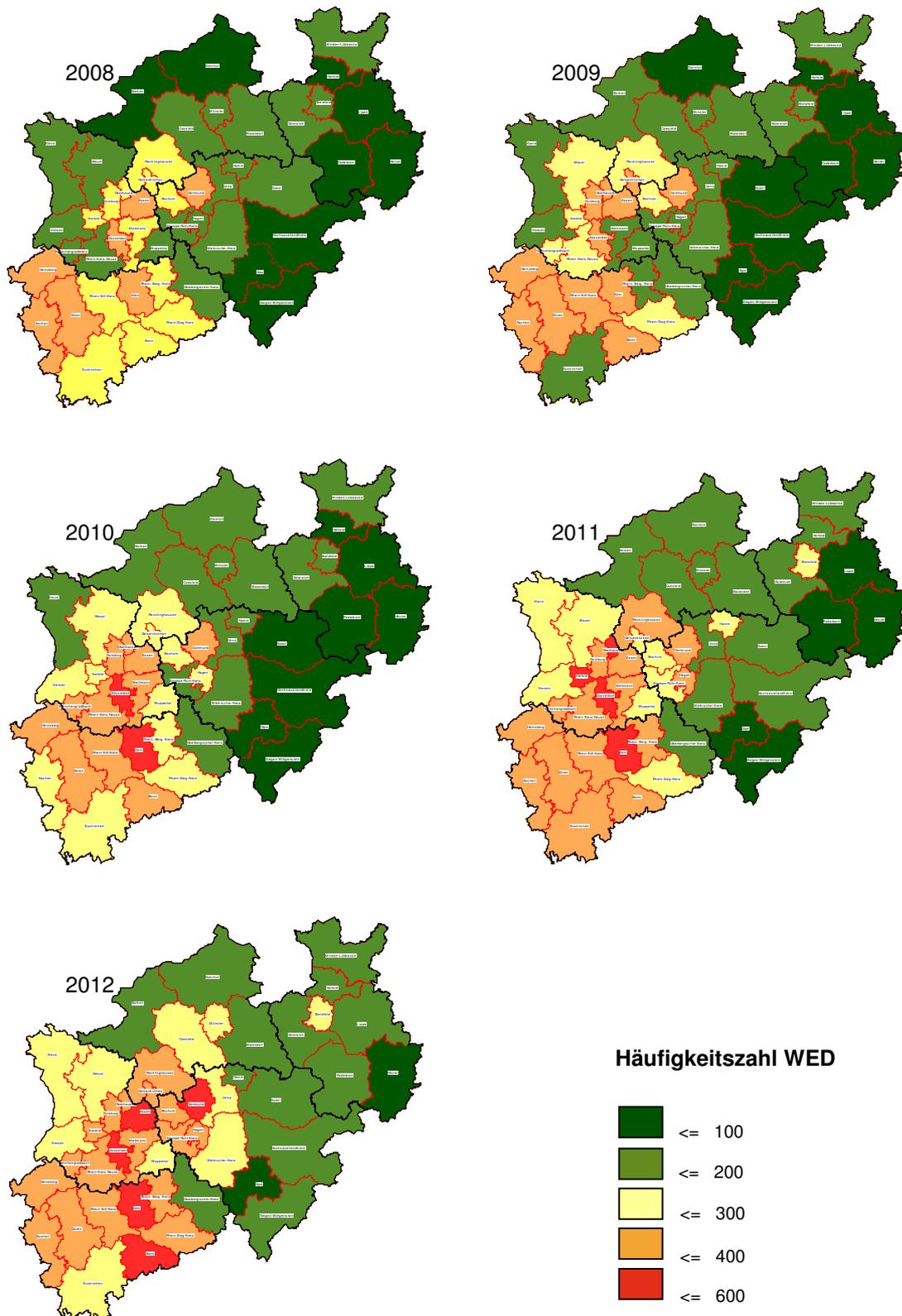
Jahr	erfasste Fälle	Zu-/Abnahme	Versuche	in %	Aufgeklärte Fälle	AQ	HZ
2008	38 002	1,6 %	14 851	39,1%	6 132	16,1%	211
2009	41 115	+ 8,2 %	16 086	39,1%	5 903	14,4%	229
2010	44 769	+ 8,9 %	17 607	39,3%	5 766	12,9%	250
2011	50 368	+ 12,5 %	19 789	39,3%	6 856	13,6%	282
2012	54 167	+ 7,5 %	21 714	40,1%	7 470	13,8%	304

**Tabelle 2: Fallzahlen Tageswohnungseinbruch (436.00) - Entwicklung**

Jahr	erfasste Fälle	Zu-/Abnahme	Versuche	in %	Aufgeklärte Fälle	AQ	HZ
2008	16 486	2,8 %	5 385	32,7 %	2 589	15,7%	92
2009	18 677	+ 13,3 %	6 313	33,8 %	2 606	14,0%	104
2010	19 955	+ 6,8 %	6 684	33,5 %	2 489	12,5%	112
2011	22 773	+ 14,1 %	7 686	33,8 %	2 988	13,1%	128
2012	24 466	+ 7,4 %	8 340	34,1 %	3 139	12,8%	137

Im Vergleich zum Jahr 2011 gab es in 14 KPB Rückgänge bei der Zahl der Wohnungseinbruchdiebstähle. In 33 KPB kam es zu teilweise deutlichen Steigerungen der Fallzahlen. Auffällig ist die in einigen KPB (vor allem in Recklinghausen) feststellbare Verbesserung der AQ trotz steigender Fallzahlen, die vor allem auf intensive und erfolgreiche Ermittlungen gegen Täterbanden zurückzuführen sein könnte.

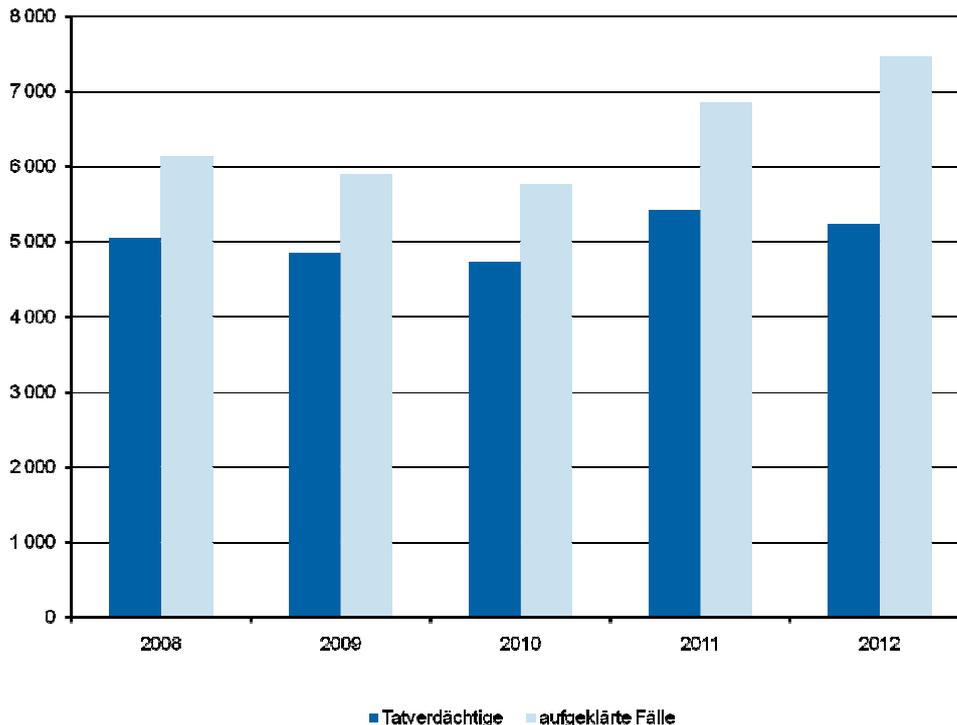
**Abbildung 3: Entwicklung der Häufigkeitszahlen des Wohnungseinbruchdiebstahls in den einzelnen Kreispolizeibezirken**



## Entwicklung der Tatverdächtigenzahlen

Für 2012 wurden 5 236 Tatverdächtige (TV) des Wohnungseinbruchdiebstahls zur PKS gemeldet. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Rückgang um 3,4 % (2011: 5 419). Die Anzahl der Tatverdächtigen entwickelte sich von 2008 bis 2012 uneinheitlich und korrelierte bis auf das Ergebnis des Jahres 2012 mit der Anzahl aufgeklärter Fälle. 2012 kam es zu einem Anstieg der Anzahl aufgeklärter Fälle, die Zahl ermittelter Tatverdächtiger sank hingegen. Das bedeutet, dass es den Polizeibehörden gelungen ist, den einzelnen Tatverdächtigen mehr Fälle nachzuweisen.

**Abbildung 4: Entwicklung der Anzahl der Tatverdächtigen und der aufgeklärten Fälle**



## Merkmale der Tatverdächtigen

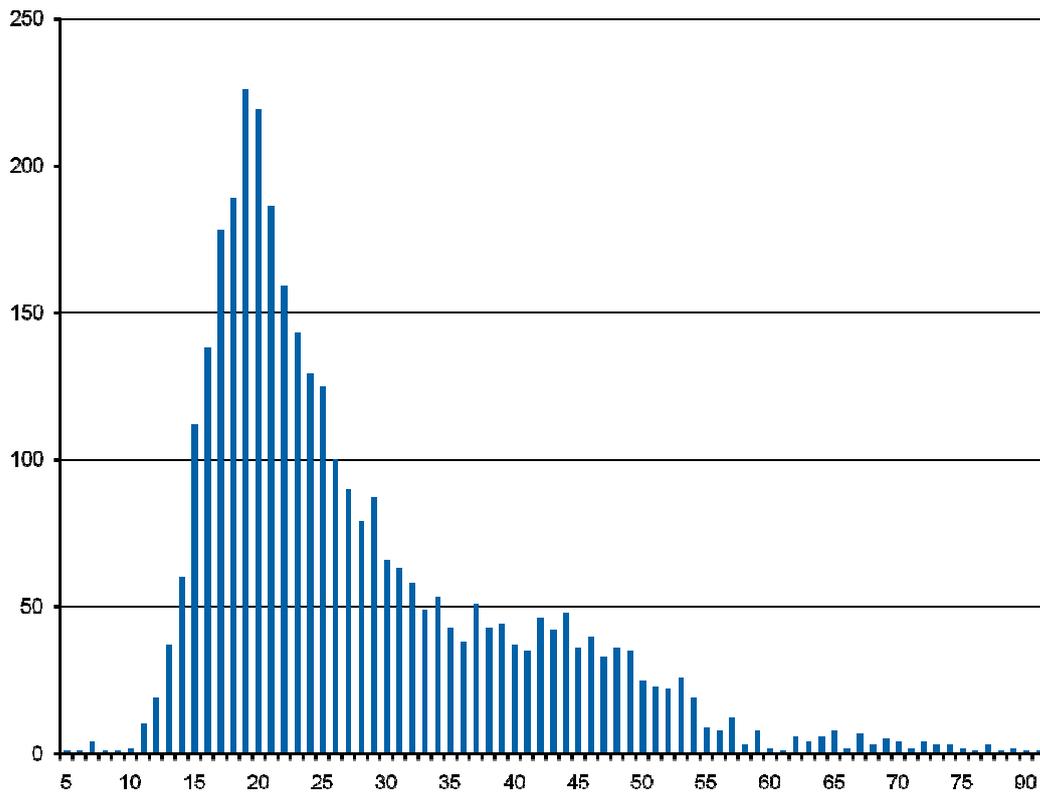
### Geschlecht

Die Tatverdächtigen des Wohnungseinbruchdiebstahls waren im Jahr 2012 zu 85,4 % männlich (4 472 TV) und zu 14,6 % weiblich (764 TV). Dieser Anteil hat sich seit 2008 nur unwesentlich geändert.

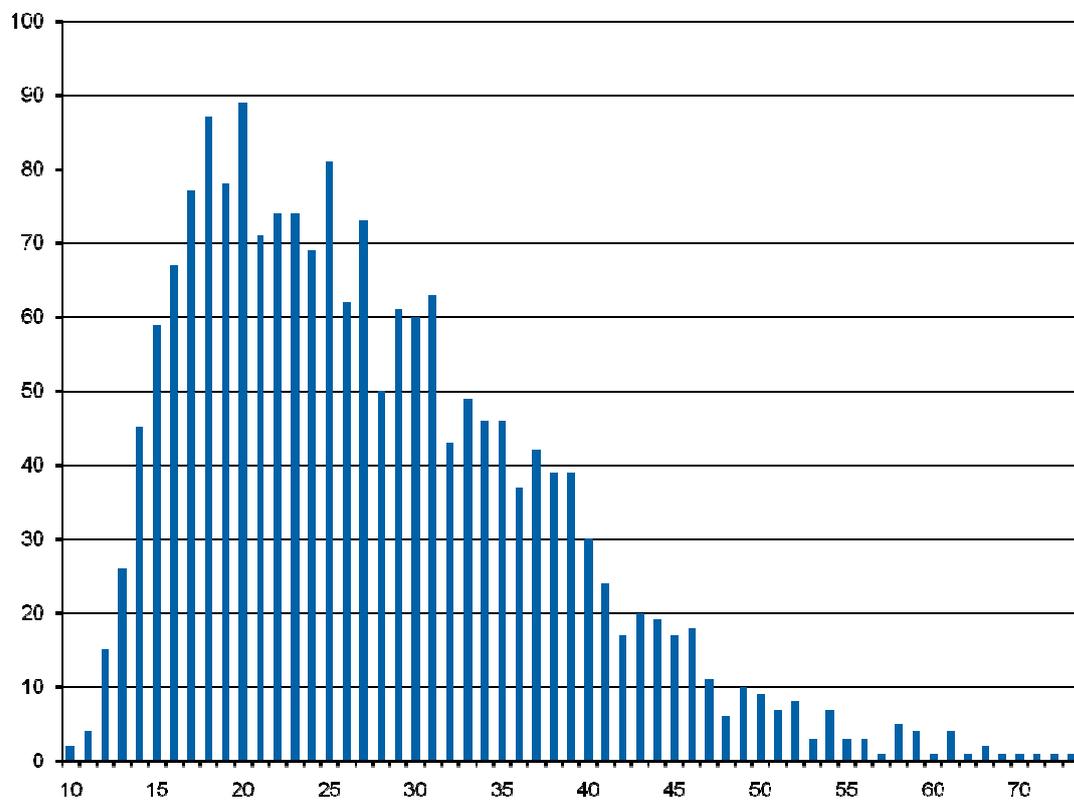
### Alter

Das durchschnittliche Alter der Tatverdächtigen zur Tatzeit lag bei 27,8 Jahren (2011: 27,0 Jahre). Bei den nichtdeutschen Tatverdächtigen ist das Durchschnittsalter nur unbedeutend geringer (27,6). Wie die folgende Abbildung zeigt, werden Einbrüche von deutschen Tatverdächtigen eher episodenhaft von der Altersgruppe der Heranwachsenden begangen.

**Abbildung 5: Alter der deutschen Tatverdächtigen 2012**



**Abbildung 6: Alter der nichtdeutschen Tatverdächtigen 2012**

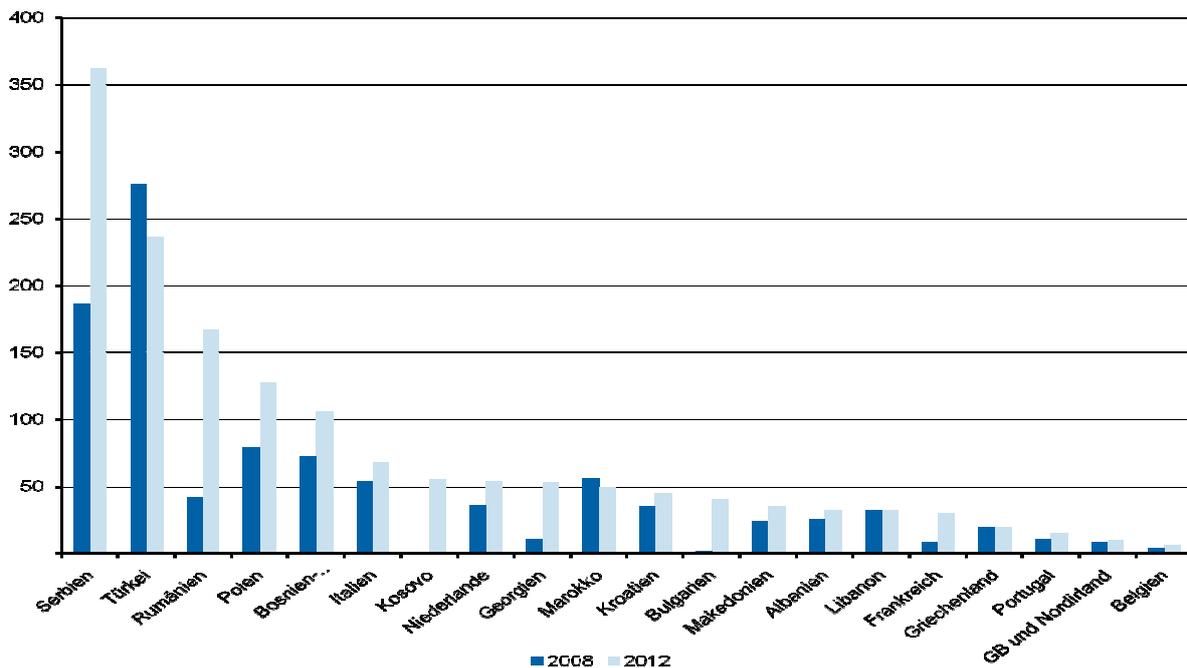


## Nationalität

Von den 5 236 Tatverdächtigen waren 1 851 (35,4 %) Nichtdeutsche. Das ist die höchste absolute Zahl von ermittelten nichtdeutschen Tatverdächtigen seit mindestens 1981. Von den nichtdeutschen Tatverdächtigen waren 83,1 % polizeilich in Erscheinung getreten. Im Jahr 2011 waren 1 711 Nichtdeutsche als Tatverdächtige (31,6 %) ermittelt worden.

Seit 2008 ist der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen von damals 25,0 % auf nun 35,4 % gestiegen. Von den Nichtdeutschen waren 362 (19,6 %) Serben, gefolgt von Türken (236 oder 12,7 %), Rumänen (167 oder 9,0 %) und Polen (128 oder 6,9 %). 2011 waren es 344 (20,1 %) Serben, 283 (16,5 %) Türken, 116 (6,8 %) Rumänen und 104 (6,1 %) Polen.

**Abbildung 7: Am häufigsten als nichtdeutsche TV ermittelte Nationalitäten 2008 und 2012**



**Tabelle 3: Entwicklung der Anzahl der Tatverdächtigen nach Nationalitäten**

Land/EU-Land	2008	2009	2010	2011	2012
<b>Deutschland</b>	<b>3 784</b>	<b>3 495</b>	<b>3 344</b>	<b>3 708</b>	<b>3 418</b>
Serbien	186	199	254	344	362
Türkei	276	282	273	283	236
<b>Rumänien</b>	<b>42</b>	<b>77</b>	<b>52</b>	<b>116</b>	<b>167</b>
<b>Polen</b>	<b>79</b>	<b>85</b>	<b>88</b>	<b>104</b>	<b>128</b>
Bosnien- Herzegowina	73	54	61	71	106
<b>Italien</b>	<b>54</b>	<b>48</b>	<b>51</b>	<b>72</b>	<b>68</b>
Kosovo	20	20	33	49	55
<b>Niederlande</b>	<b>36</b>	<b>23</b>	<b>33</b>	<b>53</b>	<b>54</b>
Georgien	11	50	13	13	53
Marokko	56	55	54	65	50
Kroatien	35	41	34	44	45
<b>Bulgarien</b>	<b>2</b>	<b>8</b>	<b>13</b>	<b>22</b>	<b>40</b>
Makedonien	24	24	30	33	35
Albanien	26	27	25	21	33
Libanon	32	25	27	34	32
<b>Frankreich</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>14</b>	<b>15</b>	<b>30</b>
<b>Griechenland</b>	<b>20</b>	<b>13</b>	<b>17</b>	<b>14</b>	<b>20</b>
<b>Portugal</b>	<b>11</b>	<b>8</b>	<b>7</b>	<b>10</b>	<b>15</b>
<b>GB und Nordirland</b>	<b>8</b>	<b>5</b>	<b>3</b>	<b>7</b>	<b>10</b>

## Tatort-Wohnsitz-Beziehung

**Tabelle 4: Übersicht Tatort-Wohnsitz-Beziehung 2008-2012**

Jahr	Tatort- gemeinde	Landkreis des Tatortes	übriges		andere Bundesländer	Ausland	ofW/ unbekannt
			NRW				
2008	3 464	324	837		442	25	220
2009	3 214	339	778		244	90	469
2010	3 070	319	710		268	147	482
2011	3 411	405	868		272	162	679
2012	3 065	385	967		320	385	600

Anmerkung: In der Übersicht werden TV wegen der Zugehörigkeit zu verschiedenen Tatort-Wohnsitz-Beziehungen im Erfassungszeitraum mehrfach gezählt.

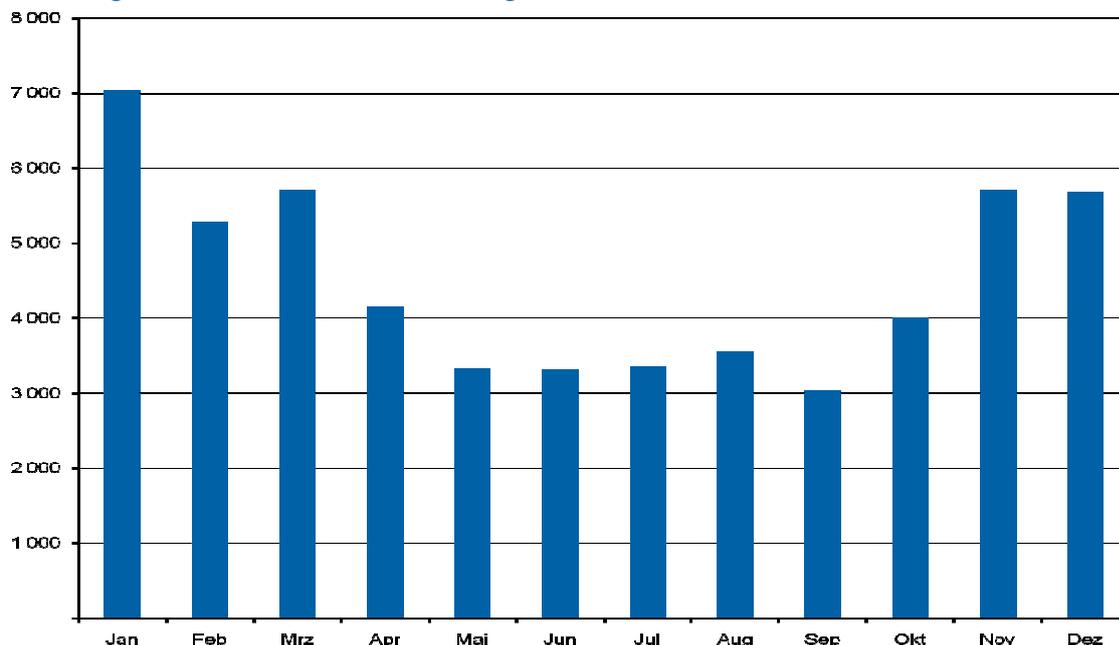
## Sonstige Angaben zu TV und aufgeklärten Fällen

Bei den 7 470 in 2012 aufgeklärten Fällen (2011: 6 856) handelte der Tatverdächtige in 3 556 (2011: 3 737) Fällen allein. Die Tatverdächtigen waren in 6 686 Fällen bereits polizeilich in Erscheinung getreten; im Vorjahr war das 6 114 Mal der Fall. 1 621 Taten sind Konsumenten harter Drogen zuzurechnen und bei 271 Taten standen die Tatverdächtigen unter Alkoholeinfluss (2011: 1 299 bzw. 313 Fälle). In 21 Fällen führten die Tatverdächtigen eine Schusswaffe mit sich (2011: 22 Fälle).

**Tabelle 5: Sonstige Angaben zu Fällen und Tatverdächtigen 2008-2012**

Jahr	aufgekl. Fälle	alleinhandelnde TV		als TV bereits in Erscheinung getreten		Konsumenten harter Drogen		TV unter Alkoholeinfluss		Schusswaffe mitgeführt	
		Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
2008	6 132	3 028	49,4%	4 934	80,5%	1 210	19,7%	302	4,9%	6	0,1%
2009	5 903	2 855	48,4%	5 247	88,9%	1 045	17,7%	256	4,3%	15	0,3%
2010	5 766	2 811	48,8%	5 083	88,2%	1 152	20,0%	265	4,6%	7	0,1%
2011	6 856	3 737	54,5%	6 114	89,2%	1 299	18,9%	313	4,6%	22	0,3%
2012	7 470	3 556	47,6%	6 686	89,5%	1 621	21,7%	271	3,6%	21	0,3%

**Abbildung 8: Fallzahlen in den Erfassungsmonaten 2012**



## Schadenshöhe/Beutestruktur

Fälle, die als Versuche in die PKS eingehen, werden ohne Schadenssumme erfasst.

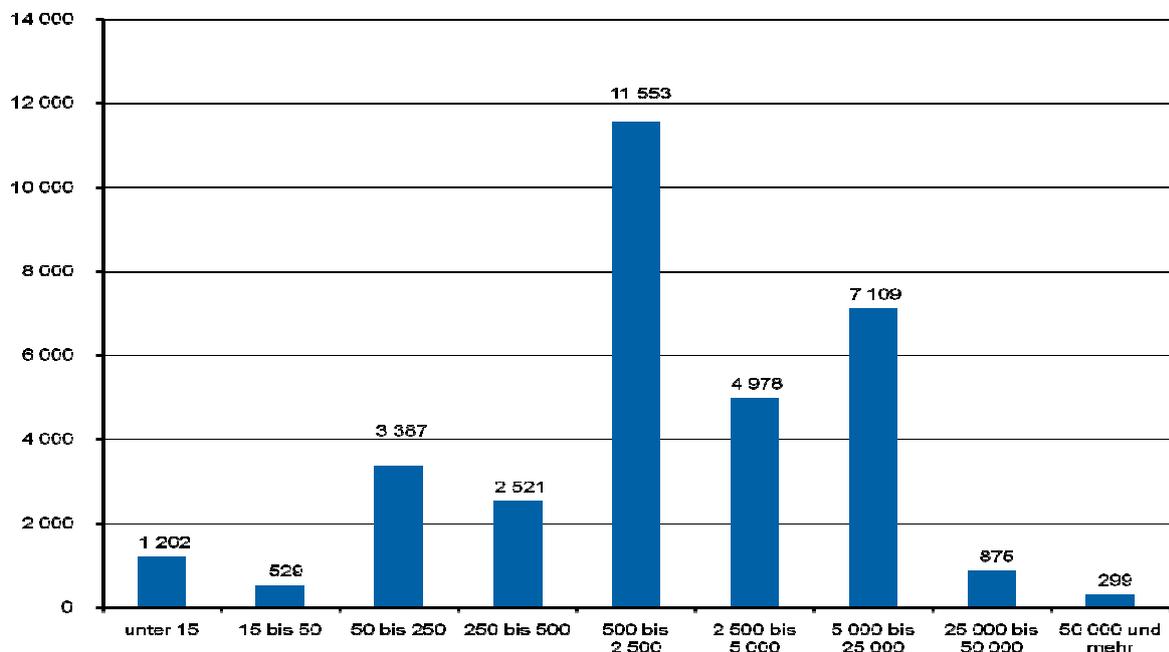
Die Gesamtschadenshöhe der 32 452 vollendeten Fälle von Wohnungseinbruchdiebstahl lag 2012 bei 160 171 173 €. Die durchschnittliche Schadenshöhe betrug 4 936 €; bei den nicht aufgeklärten Fällen war sie mit 5 128 € höher als bei den aufgeklärten Fällen (3 971 €).

Die Spannweite reichte bei allen Fällen von 1 202 Fällen mit unter 15 € Schaden bis zu 299 Fällen mit einem Schaden von 50 000 oder mehr €. Die häufigste gemeldete „Schadensklasse“ ist die zwischen 2 500 und 5 000 € (11 553 Fälle).

**Tabelle 6: Fallzahlen mit Schadenshöhen in Euro in den Jahren 2003 bis 2012**

Jahr	insgesamt	vollendet	unter 15	15 bis 50	50 bis 250	250 bis 500	500 bis 2 500	2 500 bis 5 000	5 000 bis 25 000	25 000 bis 50 000	50 000 und mehr	Schadenssumme in Euro
2003	43 377	28 200	995	537	3 715	2 693	9 052	4 152	6 140	639	277	134 685 896
2004	43 198	26 941	848	541	3 745	2 508	9 041	3 877	5 505	610	266	126 021 304
2005	38 394	23 952	783	466	3 392	2 239	8 087	3 370	4 847	532	236	109 313 536
2006	37 686	23 696	802	468	3 335	2 211	8 016	3 489	4 685	493	197	101 089 137
2007	37 393	22 977	753	481	3 099	2 088	7 951	3 322	4 556	531	196	103 304 312
2008	38 002	23 151	997	514	3 019	1 967	7 953	3 097	4 812	559	233	109 278 423
2009	41 115	25 029	998	517	3 006	2 016	8 786	3 497	5 260	694	255	123 239 513
2010	44 769	27 162	941	529	3 120	2 202	9 655	3 933	5 746	716	320	138 482 599
2011	50 368	30 579	1 238	524	3 414	2 452	10 745	4 476	6 550	834	346	153 712 624
2012	54 167	32 453	1 202	529	3 387	2 521	11 553	4 978	7 109	875	299	160 171 173

**Abbildung 9: Gestaffelte Schadenshöhe in Euro im Jahr 2012**



## Diebesgut

Angaben zu den entwendeten Gegenständen werden in der PKS nicht erfasst.

Laut FINDUS<sup>1</sup> sind in 2012 mindestens 20,4 Millionen € Bargeld (2011: 16,5 Millionen €) und 382 Fahrzeuge (2011: 478) entwendet worden, insbesondere Pkw und Fahrräder.

<sup>1</sup> Fall Informationen durchsuchen mit System.

Für 2012 wurden ca. 25 000 Geräte (2011: 34 000) in FINDUS erfasst, die bei Wohnungseinbruchdiebstählen entwendet wurden. Die Täter stahlen dabei vor allem Mobiltelefone, DVD/CD-Geräte, Video- und Filmkameras, TV-Geräte, Fotoapparate, PC und Zubehör, Spielkonsolen sowie Navigationsgeräte (zusammen etwa 23 000 Stück). Von ca. 47 000 (2011: 76 000) Gegenständen, die unter dieser Rubrik erfasst worden sind, hatten Behältnisse (beispielsweise Taschen und Tresore) sowie Schmuck und Uhren einen Anteil von ca. 40 000 (2011: 54 000) Stück.

Die genannten Gegenstandsarten stellen mit erheblichem Abstand das am häufigsten erfasste Diebesgut bei Wohnungseinbrüchen dar.

### **Sachfahndung**

Insgesamt sind von Polizeibehörden in NRW fast 100 000 Beutestücke (Stand: 22.08.2013: 99 755 aus 50 753 Wohnungseinbrüchen) in INPOL zur bundesweiten Sachfahndung ausgeschrieben.

### **Ermittlungskommissionen/-gruppen**

Zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls hatten 30 KPB NRW 2012 insgesamt etwa 60 Ermittlungskommissionen/-gruppen eingerichtet, die überwiegend gegen überörtliche Täter/-gruppen ermittelten. 20 dieser Ermittlungskommissionen/-gruppen waren im Januar 2013 noch nicht abgeschlossen.

Die Hälfte der Ermittlungsverfahren richtete sich gegen Straftäter, die dem ehemaligen Staatenverbund „Jugoslawien“ entstammen (Serbien, Bosnien, Kroatien, Albanien und Mazedonien). Zudem wurde gegen Tatverdächtige aus Deutschland, Türkei, Rumänien, den Niederlanden, Marokko sowie Georgien ermittelt (Rangfolge jeweils absteigend).

## **Wissenschaftliche Untersuchungen der Kriminalistisch-Kriminologischen Forschungsstelle des LKA NRW**

### **Hypothesenprüfende Strukturanalyse**

Die Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle (KKF) des LKA NRW hat eine hypothesenprüfende Strukturanalyse zum Wohnungseinbruchdiebstahl erstellt. Ausgangspunkt der Analyse war die ausgeprägte Periodizität des Fallaufkommens innerhalb der Kalenderjahre:

In der dunklen Jahreszeit steigt das Fallaufkommen stark an, in den Sommermonaten erreicht es den niedrigsten Stand. Die Aufklärungsquote (AQ) zeigt im Vergleich zur Entwicklung der Fallzahlen einen antizyklischen Verlauf: Sie sinkt immer dann an, wenn die Fallzahlen ansteigen. Die absolute Zahl der aufgeklärten Fälle ist damit, unabhängig vom tatsächlichen Fallaufkommen, über die Monate stabil. Diese Verläufe lassen vermuten, dass die in den Wintermonaten auftretenden Täter für die Polizei schwerer zu ermitteln sind.

Im ersten Teil der Untersuchung<sup>2</sup> wurde mittels einer Analyse von Einzeldatensätzen der PKS NRW der Jahre 2008 bis 2011 folgende Hypothese geprüft: „Das hohe Fallaufkommen beim Wohnungseinbruch während der dunklen Jahreszeit (Winterhalbjahr) ist auf das Auftreten professioneller Täter zurückzuführen“. Der Prüfung lag die Annahme zugrunde, dass sich drastische Veränderungen in der Täterstruktur auch ansatzweise in den Tatverdächtigenstrukturen der aufgeklärten Fälle zeigen.

Nach dem Ergebnis konnten keine Hinweise zur Falsifizierung o. g. Hypothese gewonnen werden:

- Die AQ wird wesentlich von der Beutehöhe beeinflusst. Je höher die Beute, desto geringer die AQ. Unter der Annahme, dass es sich bei Taten mit hohen Schadenssummen eher um die Taten professionellerer Täter handelt, war hypothesenkonform zu vermuten, dass in den Wintermonaten die Taten mit den höheren Schadenssummen begangen werden. Eine Prüfung dieser Vermutung

---

<sup>2</sup> LKA NRW (2012): Wohnungseinbruch. Eine hypothesenprüfende Strukturanalyse (Teil I).

führte genau zu diesem Ergebnis. Bei Wohnungseinbrüchen mit einer Tatzeit in den Wintermonaten ist die Beute gegenüber den Taten im Sommer deutlich höher.

- Tatverdächtige mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit erzielen gegenüber deutschen Tatverdächtigen höhere Beute. Unter der Annahme, dass die Schadenshöhe ein Indikator für die Professionalität der Tatverdächtigen ist, war zu prüfen, ob der Anteil nicht deutscher Tatverdächtiger an allen registrierten Tatverdächtigen in den Wintermonaten größer als in den Sommermonaten ist. Die Prüfung bestätigte diese Annahme.
- Die Höhe der Beute steht mit dem Wohnsitz der Tatverdächtigen in einem Zusammenhang: Tatverdächtige ohne Wohnsitz in Deutschland, ohne festen Wohnsitz oder mit unbekanntem Wohnsitz erzielten deutlich höhere Beute als Tatverdächtige mit einem Wohnsitz in Deutschland. Der Anteil der erstgenannten Tatverdächtigen an allen registrierten Tatverdächtigen ist zudem in den Wintermonaten am höchsten.
- Die Tatverdächtigen, die die Merkmale Nichtdeutsche, Schadenssumme höher als 1 000 €, nicht alleinhandelnd und keinen Wohnsitz in Deutschland, ohne festen Wohnsitz oder mit unbekanntem Wohnsitz in dieser Zusammensetzung aufwiesen, hatte in den Wintermonaten einen deutlich größeren Anteil an allen Tatverdächtigen als in den Sommermonaten.

Im zweiten Teil der Untersuchung<sup>3</sup> stand die deliktische Vielfalt, insbesondere die der professionellen Tatverdächtigen, im Vordergrund. Es wurde geprüft, ob die im ersten Untersuchungsteil identifizierten professionellen Tatverdächtigen in den Sommermonaten mit anderen Taten auffallen. Daneben wurde geprüft, ob sich die Professionalität der Tatverdächtigen beim Wohnungseinbruch auch bei der Begehung anderer Taten zeigt:

- Eine ausgeprägte Perseveranz ist kennzeichnend für die professionellen Tatverdächtigen des Wohnungseinbruchs. Gleichwohl liegt der Schwerpunkt der Tatverdächtigen in ihrer Gesamtheit auf der Diebstahlskriminalität.
- Die professionellen Tatverdächtigen unterscheiden sich bezüglich der Beutehöhe, wie beim Wohnungseinbruch, auch bei sonstigen Diebstählen unter erschwerenden Umständen (ohne Wohnungseinbruch) von den sonstigen Tatverdächtigen. Wie beim Wohnungseinbruch erzielten sie auch bei den sonstigen Diebstählen unter erschwerenden Umständen (ohne Wohnungseinbruch) eine deutlich höhere Beute.
- Während bei den Wohnungseinbrüchen durch professionelle Tatverdächtige eine auffällige Konzentration auf die Wintermonate zu beobachten ist (erster Untersuchungsteil), verdichten sich die Fälle des sonstigen Diebstahls unter erschwerenden Umständen ohne Wohnungseinbruch (zum Beispiel Gewerbeeinbrüche und schwere Diebstähle von Kraftwagen) professioneller Tatverdächtiger in den Sommermonaten.

### **Kriminalitätsmonitor NRW**

Zur Ergänzung von Hellfelddaten hat die KKF im Auftrag des MIK NRW eine periodische Befragung der nordrhein-westfälischen Bevölkerung durchgeführt. Im Rahmen des „Kriminalitätsmonitors NRW“<sup>4</sup> wurden in den Jahren 2007, 2008, 2009 und 2011 insgesamt mehr als 22 000 deutschsprachige Personen zwischen 18 und 75 Jahren unter anderem zu (potentiell) erlebten Wohnungseinbrüchen interviewt. Die Daten sind repräsentativ für den oben genannten Personenkreis in NRW.

Auf Basis der Befragungen konnten Erkenntnisse zu Risikofaktoren, Anzeigeverhalten und Prävention im Zusammenhang mit Wohnungseinbrüchen gewonnen werden:

<sup>3</sup> LKA NRW (2013): Wohnungseinbruch. Eine hypothesenprüfende Strukturanalyse (Teil II).

<sup>4</sup> Landeskriminalamt NRW (Im Erscheinen): Kriminalitätsmonitor NRW. Wohnungseinbruch: Risikofaktoren, Anzeigeverhalten und Prävention. Düsseldorf.

- Aus den Analysen wird deutlich, dass insbesondere junge Menschen im Alter zwischen 18 und 34 Jahren verstärkt durch Wohnungseinbrüche geschädigt werden. Weiterhin zeigt sich, dass Bewohner von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern stärker von Wohnungseinbrüchen betroffen sind als Bewohner von Ein- oder Zweifamilienhäusern. Bei den Wohnungen in Mehrfamilienhäusern sind außerdem vermehrt Erdgeschosswohnungen betroffen.
- Die Anzeigequoten der vollendeten Wohnungseinbrüche sind als sehr hoch zu bezeichnen, denn nahezu alle Einbrüche, bei denen etwas aus den Wohnräumen entwendet wurde, wurden angezeigt. Im Falle der versuchten Wohnungseinbrüche liegen die Quoten deutlich niedriger. Gründe für den Verzicht auf die Anzeige von versuchten und vollendeten Wohnungseinbrüchen ist die Annahme der Geschädigten, die Erfolgchancen für eine Tataufklärung seien zu gering oder die Polizei würde nicht tätig werden.
- Haben Geschädigte Anzeige erstattet, so ist deren Zufriedenheit mit der polizeilichen Bearbeitung als recht hoch zu bezeichnen. Befragte, die dennoch angegeben haben, mit der polizeilichen Bearbeitung der Anzeige unzufrieden gewesen zu sein, berichteten im Falle der Anzeige versuchter Delikte oftmals, die Polizei habe kein ausreichendes Interesse gezeigt. Anzeigen von vollendeten Delikten führten darüber hinaus zu Unzufriedenheit, wenn Täter nicht ermittelt oder festgenommen und gestohlenes Eigentum nicht wiedererlangt wurde oder wenn die Polizei nach Ansicht der Geschädigten nicht in ausreichendem Maße aktiv geworden sind.
- Technische und insbesondere verhaltensorientierte Schutzmaßnahmen zur Prävention von Wohnungseinbrüchen sind unter den Befragten weit verbreitet. Am seltensten wird die Installation einer Alarmanlage als Schutzmaßnahme genannt – eine der kostenintensivsten abgefragten Präventionsmöglichkeiten. Technische Schutzmaßnahmen werden beispielsweise von Personen mit höherem Haushalts-Nettoeinkommen und von Eigentümern von Wohnraum verstärkt eingesetzt.

Als Handlungsempfehlungen für die Polizei lassen sich aus den Befunden unter anderem eine weiterhin konsequente Empfehlung von Schutzmaßnahmen, eine aktive Ansprache junger Menschen als gefährdete Gruppe und eine gezielte Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft ableiten. Außerdem ist zum Zwecke der Erhöhung der Bürgerzufriedenheit und der möglichen Aufklärung von Taterien eine verstärkte polizeiliche Konzentration auch auf versuchte Delikte zu empfehlen.